

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Vollschaffens Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Berlin in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gelbete Kolonelle oder deren Raum 1.00 M., bei Plabvoorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gelbete Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Belegungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Regierungsbildung im Reich. Unannehmbare Bedingungen der Bürgerlichen für die U. S. P.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die Fraktionsverhandlungen über die Regierungsbildung im Reich gehen weiter. Die Demokraten und das Zentrum haben ihre Zustimmung zu einem etwaigen Eintritt der Unabhängigen in die Regierung von folgenden drei Bedingungen abhängig gemacht: Erstens sollen die Unabhängigen sich unzweideutig auf den Boden der Verfassung stellen, zweitens müsse zuvor eine Einigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm erzielt werden, und drittens solle die Deutsche Volkspartei in eine eventuelle Koalition mit den Unabhängigen einbezogen werden. Das Berliner Tageblatt meint, es sei kaum anzunehmen, daß die Unabhängigen Sozialdemokratie auf die Forderung eines Zusammengehens mit den Volksparteikern eingehen werde, ganz abgesehen davon, daß auch die Volksparteier von einer solchen Koalition nichts wissen wollen. (S. H. richtig! Red. d. U. S. P.) Die parteiunabhängige Nationalliberale Korrespondenz erklärt, daß die Deutsche Volkspartei ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen in einer Koalition ablehnen müsse und begründet das wie folgt: „Mit der Fraktion Crispian und Genossen ist eine praktische Arbeitsgemeinschaft ein Ding der Unmöglichkeit. Darüber lassen die Mindestforderungen, die in der Erweiterung der Unabhängigen aufgestellt sind, auch wenn sonst keine Hinderungsgründe beständen, nicht den geringsten Zweifel. Diese Forderungen bedeuten politisch und wirtschaftlich eine so starke Wendung nach links, daß die politische Mittelstraße damit vollständig verlassen wird. Daß sich die Deutsche Volkspartei daran nicht beteiligen kann, ist selbstverständlich. Auf der anderen Seite aber wird es den Mehrheitssozialisten unmöglich sein, in Preußen über eine Koalitionsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei zu verhandeln, im Reich dagegen den Weg für die Unabhängigen frei zu machen. Die Mehrheitssozialisten werden sich also sehr bald dafür entscheiden müssen, ob sie auf die Koalitionsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei oder mit den Unabhängigen mehr setzen.“

Berlin, 5. Oktober. (U. S. P.) In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß die Sozialdemokratie sich vor den Berliner Stadtverordnetenwahlen, nicht schlüssig werden wird, welchen Standpunkt sie praktisch zu der Frage des Eintritts der Deutschen Volkspartei in die Reichsregierung einnehmen wird. Es ist vielleicht mit einer weiteren Verzögerung der Umformungs-Besprechungen zu rechnen.

Um die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der U. S. P.) Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages nahm, wie der Vorwärts mitteilt, am Dienstag den Bericht über die interfraktionellen Besprechungen beim Ministerpräsidenten Stegerwald entgegen. Ueber Zeitpunkt und Art der Regierungsbildung, namentlich über die Frage der Hinzuziehung der Unabhängigen bestanden zwischen Sozialdemokratie und den bürgerlichen Parteien viele Meinungsverschiedenheiten. Ebenso über die Frage des Regierungsprogramms. Wie weit diese Differenzen sich überbrücken lassen, sei noch keinesfalls vorauszu sehen. Die Beschlußfassung der Fraktion wurde auf Mittwoch verlegt. Dem Zentrum wird außerdem verlangt, daß eine alte Differenz beseitigt wird, die entstanden ist, als der sozialdemokratische Fraktionsredner im Mai das Kabinett Stegerwald ein Kabinett des Wortbruchs nannte. Die sozialdemokratische Fraktion erkennt nicht an, daß diese Angelegenheit mit der jetzigen Regierungsbildung etwas zu tun habe, ist aber bereit, an der Beseitigung der Differenz soweit mitzuwirken, als sich dies mit ihrer sachlichen Auffassung der damaligen Ereignisse vereinbaren läßt. Ob es gelingt, den Streitfall auf eine Art, die beiden Parteien gerecht wird, beizulegen, muß abgewartet werden. Weiter sagt die Germania, es sei Sache der Mehrheitssozialdemokratie, Klarheit darüber zu schaffen, wie weit man es in der veränderten Haltung der USPD etwa nur mit einer Taktik zu tun habe. Die Entscheidung einer solchen Klarstellung der Bedeutung der unabhängigen Antwort durch die Mehrheitssozialisten könnte an sich die bürgerlichen Parteien einer Stellungnahme dazu zunächst entheben. Das Zentrumblatt, das immer nur an eine gleichzeitige Erweiterung der Koalition nach links und rechts denkt, kann sich, wie es sagt, zu einem großen Optimismus nicht aufschwingen. Dazu sei der Gedanke zu hoch, daß sich Deutsche Volkspartei und Unabhängige auf einem Boden praktischer Zusammenarbeit gemeinsam mit den Mittelparteien fänden.

Die Münchner SPD. zu dem Görlicher Beschluß.

München, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) In der Generaterversammlung der SPD. in München wurde zu dem Görlicher Beschluß Stellung genommen. Es kam dabei zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen mit der Opposition, über

die aber in der Münchner Post nichts berichtet wird. Die Opposition hat in München gegenüber der alt eingesehnen Parteibureaucratie einen schweren Stand. Die Münchner Post gehört zu den wenigen Blättern, die nicht eine einzige oppositionelle Stimme über Görlich veröffentlicht haben. In der Generalversammlung tagen auch Entschlüsse der Opposition vor und die Parteileitung sah sich zum Schluß gezwungen, ihre eigene Entschlüsse mit der von der Opposition vorgeschlagenen Entschlüsse zu vermengen und auf diese Weise einen Kompromiß zustande zu bringen. In der so entstandenen Entschlüsse heißt es u. a.: „Die Generalversammlung erblickt in den Beschlüssen des Parteitages zur Regierungsbildung die unvermeidliche Konsequenz der innen- und außenpolitischen Lage, die einen Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung Preußens und die Sicherung einer starken Mehrheit für die Reichsregierung Wirth fordert. Die Bildung einer erweiterten Koalition kann nur unter Festhaltung an der Reichskanzlerschaft Wirth auf der Grundlage der auf dem Parteitag aufgestellten Forderungen erfolgen. Die Versammlung begrüßt das Bestreben des Parteivorstandes, als Grundlage dieser Forderungen in erster Linie die USPD. zur Mitarbeit heranzuziehen. Die Versammelten sind sich klar, daß die Durchführung dieser Beschlüsse in den kommenden Monaten schwere Kämpfe im Gefolge haben wird. Um sie siegreich zu bestehen, bedarf es der inneren Geschlossenheit der deutschen Arbeiterschaft.“

Zum Kreditangebot der Industriellen.

Berlin, 5. Oktober. (U. S. P.) Der Reichsverband der Deutschen Industrie hat einen Ausschuß eingesetzt, der die weiteren Verhandlungen zwischen der Industrie und der Regierung führen soll. Dem Ausschuß gehören u. a. an die Abgeordneten Dr. Sorke, Dr. v. Siemens, Stinnes und Hugenberg, ferner Direktor Krämer, Geheimrat Bühner vom Präsidium des Reichsverbandes, Generaldirektor Hilger, Generaldirektor Deutsch, Direktor Mann und v. Borzsig. Dieser Ausschuß tritt am 13. Oktober zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Besprechungen innerhalb der einzelnen Gruppen werden aber bereits in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Am Dienstag hat bereits eine Vorbesprechung stattgefunden. Weitere Ausdrücke mit der Regierung über die schwebenden Fragen können erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers von seiner Erholungsreise Anfang der nächsten Woche stattfinden. In der Zwischenzeit wird eine Prüfungnahme des Ausschusses mit Vertretern der Landwirtschaft, Banken usw. stattfinden. Bekanntlich hat der Reichswirtschaftsrat einen Entwurf über private Kreditbeschaffung für Reparaturzwecke ausgearbeitet, der der Regierung zur Begutachtung vorliegt. Am Montag, dem 10. Oktober, findet eine Sitzung des Reichswirtschaftsrates statt, in der die Regierung ihre Stellung zu dem Entwurf bekanntgeben wird. In den Kreisen der Industrie sieht man der geplanten Aktion optimistisch entgegen, um so mehr, als bereits auf die ersten Zeitungsartikeln hin mehrere Anerbietungen beträchtlicher Anleihen durch große amerikanische Finanzhäuser hier eingegangen sind, die sich bereit erklärten, ihre Vertreter zur Aufnahme von Verhandlungen nach Deutschland zu schicken.

Kanzler-Urlaub.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler hat sich gestern auf einen kurzen Urlaub begeben. Die Besprechungen mit den Vertretern der Industrie über die Frage der Goldbeschaffung werden erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers wieder aufgenommen werden.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Aus München wird dem Berliner Tageblatt gemeldet: Die bayerische Regierung wird gemäß ihrer Verabredung mit der Reichsregierung am Mittwoch eine Verordnung herausgeben, durch die der Ausnahmezustand in Bayern vom 15. Oktober an aufgehoben wird.

Ohne Anerkennung der russischen Schulden keine Hilfsaktion.

London, 4. Oktober. Laut Daily Telegraph ist die Kreditgewährung an Rußland von der Haltung der Sowjetregierung in der Frage der Anerkennung der russischen Schuld abhängig gemacht worden.

London, 3. Oktober. Das Reutersche Bureau erfährt, daß von den 22 zu der Brüsseler Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot eingeladenen Staaten, abgesehen von den im Obersten Rat vertretenen Mächten, bisher nur Rumänien und die Tschechoslowakei die Einladung formell angenommen haben. Es wird erwartet, daß die Schweiz vertreten sein wird, ebenso die Vereinigten Staaten, letztere wahrscheinlich in halbamtlicher Eigenschaft.

München, 4. Oktober. Der Stadtrat lehnte mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Mehrheitssozialisten gegen die Stimmen der Unabhängigen und der Kommunisten einen Antrag ab, wonach Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 80 000 Mark aus der städtischen Warenabgabestelle dem Roten Kreuz für die Notleidenden in Rußland überliefert werden sollten.

Keine Fessel unserer Macht.

Von Felix Hirsch.

Durch die im Jahre 1891 eingeführte Gewerbegerichtbarkeit die im Jahre 1901 auch auf die kaufmännischen Angestellten ausgedehnt wurde, hat Deutschland wieder wirkliche Laienrichter bekommen. Diejenigen, die man bis dahin Laienrichter zu nennen gewohnt war die Richter bei den Schour- und Schöffengerichten, waren dies in Wirklichkeit in dem Sinne, wie sie es sein sollten, längst nicht mehr. Der Gedanke, der bei der Schaffung der Laienrichter maßgebend war, war der, daß hier unabhängige Männer aus dem Volke dem juristisch gebildeten Richter zur Hand gehen und Urteile fällen sollten, die dem Volksempfinden entsprächen.

Geschworene und Schöffen, wie wir sie heute haben, sind durch ein zehnmal gefiebertes Verfahren hindurch gegangen und stammen so nicht mehr aus den breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung, sondern sind zum großen Teil Angehörige der besitzenden Klasse. Hier und da machen einige Kleingewerbetreibende eine Ausnahme. Nur zögernd werden in letzter Zeit einige Arbeiter zu diesen Posten berufen. So lange eine Laienrichterschaft bei den Strafgerichten nicht aus freier Wahl hervorgeht, so lange kann man von wirklicher Volksoberkeit nicht reden.

Bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten hingegen ist die Möglichkeit einer Volksoberkeit gegeben, weil ihre Richter aus freier Wahl hervorgehen. Zum Unterschiede aber von den übrigen Gerichten sind die Gewerbegerichte von vornherein auf wirtschaftliche Parteien eingerichtet, und so bilden sie in ihrer Besetzung das Spiegelbild des wirtschaftlichen Klassengegensatzes. In kleinen Streitigkeiten kommen selbstverständlich diese Gegensätze nicht so zum Ausdruck, aber in den Fragen grundsätzlichen Gegensatzes scheiden sich die Arbeitgeber von den Arbeitnehmern und kämpfen ihre Klassenmeinung entschieden durch. Leider herrscht in solchen Fällen auf der Seite der Arbeitnehmer nicht immer der geschlossene Wille wie meistens auf der Seite der Arbeitgeber. Das kommt daher, weil die Arbeiterschaft in verstreute Lager gespalten ist und ein Teil der Arbeitenden jenen Gewerkschaftsverbänden nachläßt, die die Klassengegensätze verleugnen und eine Harmonie mit dem Unternehmertum für möglich halten. Bei den Gewerbegerichten ist dieses nicht so bemerkbar, weil in den meisten Orten Deutschlands die Arbeitnehmerbeisitzer die klassenbewußten Vertrauensmänner der freien Gewerkschaften sind. Bei den Kaufmannsgerichten gehört jedoch immer noch ein bedeutender Teil der Beisitzer den Harmonieverbänden an. Geht es aber doch bei den meisten grundsätzlichen Auseinandersetzungen die Arbeitnehmerbeisitzer gegenüber den Arbeitgebern zu einen, so liegt das Schwergewicht der Urteilsprechung bei dem juristischen Vorsitzenden der rechtsprechenden Kammer. Dieser Vorsitzende ist seiner ganzen Herkunft nach ein Angehöriger jener Klassen, die dem Fühlen der Arbeiterschaft weitest gegenüberstehen. Er wird in vielen Fällen versuchen, die Brücke zwischen den streitenden Parteien zu schlagen. In grundsätzlichen Anschauungen jedoch ist er aus begreiflichen Gründen nur zu leicht geneigt, der Unternehmerschaft recht zu geben, der er sich geistig und wirtschaftlich näher fühlt. Gewiß diese Richter sind Kommunal- und nicht Staatsbeamte und daher auch von etwas mehr sozialen Gefühlen befeuert, wie im allgemeinen die staatlichen Richter. Aber ich kenne doch eine ganze Anzahl von Fällen aus der Vorkriegszeit, die typisch für die Anschauung auch dieser Richter sind. Um nur einen Fall herauszugreifen: In den ersten Zeiten nach Kriegsausbruch versuchten mehrere Vorsitzende des Kaufmannsgerichts Berlin eine nationalsozialistische Rechtsprechung einzuschlagen, indem sie die Entlassungen von Angehörigen feindlicher Staaten als dem geltenden Rechte entsprechend bezeichneten. Ein Kammervorsitzender ging dabei so weit, daß er sich sehr scharf für die Verurteilung einer Elässlerin — also einer Deutschen — einsetzte, welche von ihrem Arbeitgeber wegen angeblicher deutschfeindlicher Äußerungen sofort entlassen worden war. Dieser Vorsitzende genierte sich nicht, in öffentlicher Sitzung der Rechtsuchenden den Vorwurf der Deutschfeindschaft zu machen, holte sich allerdings von dem sehr gewandten Mädchen eine gründliche Absfuhr.

In der Nachkriegszeit ist das Verhalten der Vorsitzenden vielfach bedeutend sozialer geworden. Sie fühlen sich jedoch in der Rolle, die ihnen jetzt zugewiesen wird, durchaus nicht wohl. Manche Urteile, die auf Grund von Tarifverträgen oder Verfügungen des Demobilisierungskommissars gesprochen werden müssen, können sie argwöhnend mit ihrem juristischen Gewissen nicht vereinbaren.

So klagte mir der Vorsitzende einer Spruchkammer, daß es wahrscheinlich in einigen Jahren bei der Rechtsprechung vor den Kaufmanns- und Gewerbegerichten kein juristisches Mitglied mehr geben werde. Jetzt schon ginge man ja meistens über seine juristischen Bedenken hinweg. Ich kann mich dieser Äußerung des betreffenden Richters vollkommen anschließen. In den Fragen des Arbeitnehmerrechts kann kein Jurist auf die Dauer segensreich wirken. Diese Fragen sind heute mehr als je unbedeutend Macht-

fragen. Die gewerkschaftlichen und kaufmännischen Delegierten werden in ihrer Rechtsprechung nur den Tatsachen nachhaken können. Der Kampf um die Rechte der Arbeitnehmerschaft muß heute vor der Urteilssprechung bei den Kaufmannsgerichten ausgemämpft werden. Die Richter können nur die vollziehenden Organe sein, wenn jemand gegen die von den wirtschaftlichen Parteien in Tarifverträgen festgesetzten Grundsätze verstößt.

Die richterliche Tätigkeit, wie sie von den bestehenden Schlichtungsausschüssen zur Zeit gelebt wird, entspricht auch jetzt schon ganz diesen Tatsachen. Die Verhandlungen, die ohne einen unparteilichen Vorsitzenden geführt werden, verlaufen sehr häufig resultatlos oder haben nur dann ein greifbares Resultat, wenn von außen her der eine oder der andere Teil eine sichtbare Macht einwirken lassen kann. Die Verhandlungen und Beratungen mit dem unparteilichen Vorsitzenden, den der Ausschuss nach seinem Belieben hinzuziehen kann, zeigen auch hier das deutliche Bestreben, eine Halbierung der Streitforderungen vorzunehmen und so einen anscheinend gesunden, in Wirklichkeit ganz ungesunden Ausgleich zwischen den Interessen der beiden Wirtschaftsgruppen zu schaffen.

Und diese Gerichtsbarkeit der Schlichtungsausschüsse soll nun durch die neue Schlichtungsordnung einen bedeutenden Einfluß auf die Allgemeinheit gewinnen. Während doch jetzt die Anrufung der Schlichtungsausschüsse freiwillige Entschädigung der Parteien ist und ihren gewerkschaftlichen Kampf nur in der Weise bekräftigt, wie es die Parteien selbst wollen, verlangt der § 55 des vorliegenden Entwurfes einer Schlichtungsordnung, daß **Ausprägungen und Arbeitseinstellungen nicht statufinden dürfen, bevor die Schlichtungsinstanz angerufen ist und einen Schlichtungsspruch gefällt hat.**

Wie die Urteile der Schlichtungsinstanz aussehen werden, darüber bestehen für den Kundigen gar keine Zweifel. In den Fällen, in denen die Parteien ohne die Mitarbeit des unparteilichen Vorsitzenden zu entscheiden versuchen, wird es wohl sehr selten zum Urteil kommen und die Urteile, die unter der Mitwirkung des unparteilichen Vorsitzenden gefällt werden, zeichnen sich bestimmt durch ihre wirtschaftsfriedliche Eigenschaft aus. Damit würden sie auch ganz dem Wesen der Schlichtungsordnung entsprechen. Denn der vorliegende Entwurf hat ja die bewußte Tendenz, die nationale Wirtschaft vor Erschütterungen zu bewahren und den wirtschaftlichen Frieden herzustellen und zu erhalten.

Hieron hat aber die Arbeiterschaft keinen Vorteil. Denn ob man auch noch so viel Mittel anwendet, in diesem wirtschaftlichen System, in dem wir zu leben gezwungen sind, kann es keinen wirtschaftlichen Frieden geben. Die ganze Rechtsprechung der Schlichtungsbehörden sowohl wie auch der Zwang, der durch sie auf die Anwendung gewerkschaftlicher Kämpfe ausgeübt wird, drücken einseitig die Macht, die von den Arbeitern schon errungen ist und bei einem freien Verfahren auch in Erscheinung treten würde, wieder herab.

Für die ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihrer Klassennotwendigkeit bewußte Arbeiterschaft kann es keine Sehnsucht nach Wirtschaftsfriedlichkeit geben, sondern für sie gilt es im Gegenteil alles daranzusetzen, den wirtschaftlichen Kampf in aller Schärfe zu führen. Daher stammt auch die immer stärker werdende Abneigung gegen jene unglückseligen Arbeitgemeinschaften mit dem Unternehmer, welche die Kraft der Arbeiterklasse nur fesseln und sie indirekt den Unternehmerinteressen dienstbar machen.

Dieser Standpunkt bedeutet natürlich nicht, daß man ohne jegliche Überlegung in Wirtschaftskämpfe hineintorcht oder sie gar selbst vom Zaune bricht. Da aber das kapitalistische Wirtschaftssystem selbst immer wieder die Krisen schafft, in denen wirtschaftliche Kämpfe entstehen und es für die Arbeiterschaft schon eine Niederlage bedeuten würde, wenn sie ihnen ausweicht, so darf kein Gesetzesparagraf dem Willen der Arbeitenden hindernd in den Arm fallen.

Und deshalb verlangen wir, daß die Schlichtungsordnung, die wir an sich schon für wenig nötig halten, das Gesetz des Zwanges nicht auskommen läßt.

Frei wollen wir kämpfen, um jeder Situation gewachsen zu sein.

Über das hinaus aber zeigt gerade dieser Entwurf einer Schlichtungsordnung, wie notwendig es ist, daß sich die Arbeiter immer mehr der Macht, die sie sind, bewußt werden. Die kommende Schlichtungsordnung steht nicht den Arbeitenden als die höchste Macht im Staate an, der alle Werte schafft, sondern die Unternehmer, die Befehlenden sollen als gleichberechtigte Machtfaktoren der Arbeiterschaft gegenüber verewigt werden.

Darum —

hinweg mit diesem Entwurf.

Richtigstellung.

In den gestrigen Leitartikel über die unzulänglichen Besitztümer hat sich ein Fehler eingeschlichen. Am Schluß des zweiten Absatzes in der zweiten Spalte muß es richtig heißen:

„Die Wirkung würde sein, daß von den physischen Personen für die nächsten 15 Jahre jährlich zu zahlen wären bei einem Vermögen von einer Million 8500 Mark, bei 10 Millionen Vermögen 206 500 Mark, bei 100 Millionen Mark 3 826 500 Mark.“

Die „Räterepublik Welbert“ vor dem Reichsgericht.

Am 20. August 1920, vormittags, wurde von der RWG in Welbert im Rheinland die Räterepublik ausgerufen. Am 21. August, früh um 3 Uhr, wurden die Putschisten verhaftet und der Putsch war zu Ende.

Gestern begann vor dem Reichsgericht gegen 14 Angeklagte, darunter eine Frau, die Verhandlung wegen Hochverrats. Die Angelegenheit selbst ist so unbedeutend wie die von Cöthen, trotzdem bildet dieser Prozeß ein Denkmal für die deutsche Regierung und die deutsche Justiz. Unter den Angeklagten, die fast alle abgemagert und elend aussehen, sind zwei auch dem Laien sofort als schwer krank erkennbar. Da ist der Angeklagte Schröder, der 13 Monate lang in Einzelhaft gehalten wurde. Der Mann ist körperlich so hinfällig, daß er nicht mehr allein gehen kann und von einem Stipmann mehr getragen als geführt werden muß. Bei seiner Vernehmung bricht er nach einigen Sätzen zusammen und das Gericht beschließt seine sofortige Haftentlassung, weil Lebensgefahr vorliegt und Fluchtversuch bei dem körperlichen Zustande des Angeklagten ausgeschlossen erscheint.

Der Reichsanwalt hat sich bisher geweigert, die Untersuchungshaft aufzuheben, obgleich der Verteidiger bereits bei Erstellung der Vollmacht den Antrag stellte und

obgleich der Sachverständige wiederholt auf die drohende Gefahr hingewiesen bedeutet.

Der Angeklagte Stoß, der schon vor Eröffnung der Verhandlung durch sein sonderbares Benehmen zeigt, daß er wohl in eine Nervenschlafstunde, aber nicht auf die Anklagebank gehört, ist wie viele andere Angeklagte mit kurzer Unterbrechung 13 Monate in Untersuchungshaft gewesen, trotzdem er als 100 Prozent erwerbsunfähig wegen Nervenkrankheit aus dem Heere entlassen wurde. Seine wiederholten Gesuche, ihn wegen seines Zustandes aus der Haft zu entlassen, sind vom Reichsanwalt abgelehnt worden. Trotzdem der Mann kaum zwei Sätze sprechen kann, ohne den Gaden zu verlieren, bezeichnet ihn der Sachverständige als verhandlungsfähig und hält es für fraglich, ob die Fortdauer der Untersuchungshaft seinen Zustand so verschlimmern wird, daß er dadurch in seiner Verteidigung beschränkt wird.

Seine Entlassung wird abgelehnt ebenso wie die von neun anderen Angeklagten. So behandelt man Arbeiter, die ohne jedes Blutvergießen, ohne jemand getötet, verwundet oder beschädigt zu haben, einen Putsch unternahmen, während die Hochverräter von rechts auf freiem Fuße sind. Noch befinden sich die Urheber des Rapp-Putschs seit März 1920 nicht in Untersuchungshaft, während man Arbeiter vom Tage ihrer Tat an durch dreizehnmönatige Einzelhaft geistig und körperlich bis zum Zusammenbruche trieb.

So sehr wir im Gegensatz zu den Angeklagten stehen, so unklar und verworren ihre Ansichten und Absichten sind, so kostbarlich fühlen wir uns doch mit diesen Proletariaten, die eine dreizehnmönatige Entzerrung nicht ertragen konnten und die immer und immer wieder ihrer leidenschaftlichen Empörung rüchichtslosen Ausdruck geben, kräftig unterstützt von ihren Verteidigern, die diese unsagbare Injustiz wiederholt unerschrocken in heftigen Zusammenstößen mit dem Oberreichsanwalt und einem Beisitzer gesehen. — Am Donnerstag um 9 Uhr wird der Prozeß, von dem wir nur in aller Kürze berichten können, fortgeführt. Leipziger Arbeitern wäre zu raten, als Zuhörer sich diesen Anschauungsunterricht nicht entgehen zu lassen.

Bei Feststellung der Personallen der Angeklagten beantragen die Verteidiger die sofortige Anziehung eines ärztlichen Sachverständigen, da zwei Schwerkranken, die norwärts stark überreizt sind, sich unter den Angeklagten befinden.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe der RWG in Welbert, Graß, legt dar, daß das Unternehmen sich nicht gegen die Regierung gerichtet habe, sondern daß man nur beabsichtigt habe, einen Druck auf sie auszuüben, um sie zu veranlassen, ein Wirtschaftsblöndnis mit Stahl und abzuschließen. Er betont wiederholt, die Sache sollte in Güte vor sich gehen, man wolle nicht die Regierung kürgen, man habe auch gar keine Waffen gehabt. Bei Vernehmung der ersten sieben Angeklagten ist überhaupt nur von einem Gewehr ohne Schloß die Rede. Bei Befragung des Nathausles trug die Polizisten, ob sie die Waffen abgeben sollten; Graß behauptet: „Der Vorwurf, daß es gegen die Regierung gehen sollte, ist ja Mumpst!“. Drei Kuriere, die er nicht kannte, brachten ihm von Berlin, Düsseldorf und Elberfeld Beschele. „Das waren wahrscheinlich keine ehrlichen Leute“, sagt er, „sie haben meine kommunikativen Ansicht nur benutz, um die Sachen hervorzuweisen, die uns strafbar machen. Sie haben sich natürlich aus dem Staube gemacht!“. Als Vorsitzender habe er ohne besondere Verabredung die Zeitung gehalten. Zu seinem Vorgehen fühle er sich durch die Kurriere bevollmächtigt. Von einem Rechtsputsch sei nicht die Rede gewesen. Ein Kurier habe ihm gesagt, wo nber Parteil sei eine Umarmung mit dem Militär getroffen worden, wenn es zu Verwicklungen mit der Antente käme, würden sie Waffen erhalten. So sei auch eine Streke bekanntgegeben worden, auf der sie sich juristisch sehen könnten; aber darum habe er sich nicht gekümmert, „das machen ja die Offiziere“.

Am Abend erhielt er von seiner Frau eine Depesche aus Düsseldorf, von der er annimmt, daß sie vom Parteisekretär stammt, den er nicht kannte, mit dem Inhalte: „Abbrechen, da verprüh!“

Vor dem Untersuchungsrichter hat Graß ausgelegt, er habe durch einen Kurier Nachricht erhalten, daß am 20. August eine Aktion in Szene gesetzt werden solle, um der Beisitzergeisung von Rheinland-Bestfalen durch die Antente bewussten Widerstand zu leisten und mit Stahl ein Bündnis einzugehen. Es bestand eine Kampforanisation, deren Mitglieder er nicht kannte. Er verhandelte mit dem Bürgermeister und erklärte ihm, daß die Räte entscheiden sollten, ob sie mit ihm zusammen die Stadt verwalten sollten. Um die Gelder (100 000 Mk. und später 1 Million), die von der Bank requiriert wurden, habe er sich nicht kümmern können, da er immerfort abberufen wurde. Graß ist ganz erstaunt, daß er das alles ausgelegt haben soll, er behauptet, daß man ihm das Protokoll dann nicht vollständig vorgelesen habe.

Der Verteidiger stellt fest, daß Graß unter den bestimmenden Räten die geschlichen Betriebsräte verstanden habe, die eine Kontrollinstanz bilden sollten.

Graß erklärt noch, daß er vom 20. bis 26. Mai im Gefängnis fortgesetzt Geisheit von gepülligten Frauen und Mädchen gehört habe. Auch im August hat er wiederholt die ganze Nacht hindurch Geisheit gehört. Einmal sei es so furchtbar gewesen, daß er vor Entsetzen geweint habe. Der Inspektor habe ihm ins Gesicht gesagt, die Mädchen müßten geschlagen werden, sie wüßten hier im Hause noch nicht Bescheid.

Der Angeklagte Waltersbach protestiert heftig, daß man ihn 13½ Monate in Untersuchungshaft gehalten habe. Er bestreitet, sich des Hochverrats schuldig gemacht zu haben.

Verteidiger: Wir erheben den krafftesten Vorwurf gegen die Reichsanwaltschaft, die diese Leute 13 Monate in Haft hielt. Wenn der Oberreichsanwalt gegen die Leute von rechts solche Geisheiten hätte wie gegen die von links, dann sähe es anders aus im deutschen Reich!

Der Präsident, der bei den öfteren heftigen Zusammenstößen zwischen Verteidigung und Oberreichsanwalt unerschütterlich eine wohlwollende und wohlthuende Ruhe bewahrt, macht darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen vor dem Reichsgericht immer das Gepräge der Überlegenen Ruhe und vollständiger Abgetätlichkeit zu tragen pflegen. — Um so erschütternder wirken die goldenen Rechtschloßfächer, die von Justizrat Fränkel, Berlin und N. A. Wolff-Düsseldorf dem Oberreichsanwalt mit großer Unbeschränktheit gefahrt werden. Sie machen ihn darauf aufmerksam, daß der Hochverräter Tagow sich noch in voller Freiheit befindet, während die Arbeiter seit über einem Jahre in Untersuchungshaft sitzen lasse. Vor dem Annahmegefekt habe der Oberreichsanwalt sich nicht um die Tausende von Hochverrättern gekümmert. Die Arbeiter aber sind noch in der Nacht der Tat verhaftet worden. Wenn man sieht, wie die Verhafteten geistig zugerichtet sind, dann packt einen die Entrüstung, daß der Oberreichsanwalt sie nicht längst aus der Haft entlassen hat.

Der Oberreichsanwalt erklärt, es sei nicht seine Sache gewesen, die Leute zu entlassen. Was bei dem „angeblichen Putsch von rechts“ unterlassen worden sei, gehöre hier nicht her. Justizrat Fränkel kempelnet sofort, daß der Oberreichsanwalt vom Rapp-Putsch als einem „angeblichen“ Rechtsputsch spricht.

Der Zeuge Waltersbach hat das von der Bank gebrachte Geld in Verwahrung genommen, es sei ein Karton mit 100 000 Mark gewesen. Später hätten noch zwei Bankbeamte 1 Million Partzeiged gebracht. An Industrielle hat er 50 000 Mk. ausgeteilt, die zur Wohnung gebraucht wurden. Er habe, da angeblich in einer Verammlung Stimmen laut wurden, das Rathaus zu stürmen und das Geld zu teilen, 100 000 Mk. in Sicherheit

bringen wollen und erzählt eine etwas romantische Geschichte, wie ihm das Geld wieder abhanden gekommen sei. Er will nie gegagt haben, wenn die Sache schief gehe, wolle er das Geld behalten.

Auch der Zeuge Thomas protestiert gegen seine lange Unterzuchungshaft. Er habe wiederholt um Entlassung gebeten, sei Kriegsbeschädigter, seine Frau sei zweimal operiert und sogar der Unterzuchungsrichter habe ihm erklärt, er wisse nicht, warum man ihn einschlüss festhält. Er erklärt, kein Vertrauen zur Objektivität eines bürgerlichen Gerichtes zu haben, demgegenüber er sich als Kommunist nicht schuldig fühle.

Am Nachmittag des 20. August ist ihm in Düsseldorf ein Schreiben, unterzeichnet Dr. Rasch, zugestellt worden, das man bei der Verhaftung bei ihm fand und das er für das Werk eines Spitzels erklärt. Es habe einen Stempel getragen, wie ihn die RWG nie benutzt habe. In dem Briefe wird er aufgefordert, sich der illegalen Kampforganisation zur Verfügung zu stellen. Er erklärt, eine solche Kampforganisation sei überhaupt nicht vorhanden, sie spulte nur in bürgerlichen Hirnen. Er habe sich gegen Aufstellung von Kampforganisationen gewendet, weil das im Prinzip falsch sei.

Der Angeklagte Schröder hat ihn von Düsseldorf geholt. Nachts gegen 1 Uhr trafen sie in Belbert ein und kamen gegen 3 Uhr aus Rathaus, wo einige Genossen saßen und weder aus noch ein wußten. Da stand es bei ihm bombastisch, daß die Sache von rechts inspiriert worden sei, zumal die Schutzmannschaft sich ohne Widerstand hatte entwaffnen lassen. Er wollte sich 25 000 Mark zur Unterzuchung der Opfer des Rapp-Putschs geben lassen, unterschrieb auch eine Quittung, ohne sie zu lesen, auf der aber „die Kampfwende“ stand. Da das Geld aber am andern Tage zu Lohnauszahlungen für die Industrie gebraucht wurde, verzichtete er darauf. Während sie noch miteinander verhandelten, wurden sie verhaftet.

Thomas schildert weiter, wie die Verhaftung geschah. Man schoß plötzlich ins Fenster, Sicherheitspolizei drang in das Zimmer, wo sich höchstens ein Dugend Arbeiter ohne Waffen befand. Ein Major schlug mit dem Revolver Blindlings auf die Anwesenden ein, daß das Blut floß und seine eigenen Leute ihm zuriefen: „Hören Sie doch auf, Herr Major!“ Dieser Mann, der Major von der Delesing, hat noch im Gefängnis eine Reihe Verhafteter an die Mauer stellen lassen, um sie zu erschießen. Einem der Gefangenen rief er zu: „Du Hund, von dir habe ich einen Lungenpfluß abgetriegt, den mußt du wieder haben!“

Die Verteidiger beantragen die Ladung des Majors, dem anzutragen sei, daß er das fehlende Geld gestohlen habe. Die Sicherheitsmannschaften hätten das auf dem Tisch liegende Geld eingesteckt. Die Verteidigung will noch mehrere Zeugen geladen haben, um zu beweisen, daß die Hände dieser Angeklagten rein von gestohlenem Gelde seien.

Der schwerleidende Angeklagte Schröder erklärt, daß er den Beisitzer „Hochverrat“ in seinem proletarischen Wortschatz nicht kenne. Er kann nach einigen Sätzen vor Erschöpfung nicht mehr weiter sprechen, da er durch die lange Untersuchungshaft körperlich völlig ruiniert ist. Dem Antrag der Verteidiger auf Haftentlassung wird stattgegeben, da auch der Oberreichsanwalt nicht mehr wagt, sich der Haftentlassung zu widersetzen.

Der Angeklagte Hühner hat nachmittags mit dem Gewehr ohne Schloß auf Verlangen der Beamten vor der Belserter Bank Wache gestanden und hat mit seinem Unternehmer wegen Vergabe des Autos verhandelt.

Auch Diez stand Wache, hat dafür 80 Mk. Löhnung erhalten und ist nach Holland geflohen, „weil die Leute alle verhaftet wurden“. Er ist, obgleich die SPD und USP, die mit Graß nicht einverstanden waren und vor dem Unternehmen warnten, dabei geblieben, weil er angezuckelt war.

Der Kriegsminister Stoß, dessen Nerven durch die lange unmenschliche Unterzuchungshaft total zerrüttet sind, schildert, daß er weder Unterstützung noch Arbeit erhalten habe, obgleich er Anspruch auf Vollrente habe. Er habe sich mit seiner Frau von Karloffschalen ernähren müssen. Er meint, daß nicht durch Gewalt, sondern durch Liebe die Welt zum Kommunismus kommen werde. Seine Gedanken verwirren sich immer wieder. Vom Sonnabend bis Montag vor der Tat habe er nichts zu essen gehabt und am Montag einen Anfall erlitten. Von den Vorgängen am 20. August hat er keine Erinnerung mehr.

Wir sind überzeugt, wenn ein Angehöriger der besseren Gesellschaftsstände in einem so nervös überreizten Zustande vor Gericht gestanden hätte, wäre die Verhandlung zweifellos sofort eingestellt worden. Bei einem Proleten macht man aber wenig Umstände.

Die Verteidiger Wolff und Fränkel beantragen vor Schluß der Sitzung, zehn Angeklagte gegen eine Kaution von 20 000 Mk. aus der Haft zu entlassen, da Kollisionsgefahr nicht mehr vorliegt und die Angeklagten nicht daran denken, sich dem Gerichte durch Flucht zu entziehen. Sie appellieren an die Menschlichkeit des Gerichtshofes, die recht merkwürdig dadurch illustriert wurde, daß nach der Behauptung des Rechtsanwalts Wolff ein Beisitzer „Pflui tausend!“ rief, als Justizrat Fränkel betonte, jede Stunde der Freiheit sei von kostbarem Wert.

Als sich der Verteidiger energisch gegen die Beleidigung wendete, ereignete sich eine Szene, die im Reichsgericht wohl noch nie dagewesen ist. Der Beisitzer schlägt während mit der Faust auf den Tisch und ruf: „Schreien Sie, was Sie wollen, das ist mir ganz gleich, ich habe Sie nicht angegriffen!“ Nach längeren heftigen Protesten gegen das Benehmen des Reichsgerichtsrats kann endlich in der Verhandlung fortgefahrt werden. Der Reichsanwalt wendet sich gegen den Antrag, da Fluchtversuch und Kollisionsgefahr vorliegt.

Da ihm von den Verteidigern vorgehalten wird, daß in Deutschland viele Hochverräter herumlaufen, bei denen es seinem Oberreichsanwalt einflasse, Kollisionsgefahr zu behaupten, gibt es wieder eine scharfe Auseinandersetzung, bis der Reichsanwalt erklärt, auf keine persönliche Anrempelung mehr zu reagieren.

Das Gericht lehnte die Anträge mit der ungläublichen Begründung ab, daß zwar keine Verdunfungsgefahr, wohl aber noch Fluchtverdacht vorliegt. Die wiederholten Versicherungen der Angeklagten und Verteidiger, daß sozialistische Arbeiter sich dem Gerichte nicht entziehen, gelten vor dem obersten deutschen Gerichtshof nichts.

Bezeichnend für die Behandlung der Unterzuchungsgefangenen ist die Bitte eines jungen Angeklagten, der seit 6 Monaten keine Raucherlaubnis erhält. So wagt man in der deutschen Republik politische Unterzuchungsgefangene zu behandeln!

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt.

Sögendämmerung in England.

Die wirtschaftliche Lage Englands befindet sich in einem überaus bedenklichen Zustande. Der Handel liegt völlig danieder. Der Tiefstand der Wkula vernichtet alle Hoffnungskeime einer Besserung. Die Arbeitslosenheere schwellen noch immerzu. Bergwerke werden brachgelegt, da bei den gegenwärtigen Verhältnissen keinerlei Abshwsmöglichkeit zu finden ist. Durch die Wkulaverluste und der damit herbeigeführten Kaufunmöglichkeit des Festlandes erstarrt das englische Wirtschaftsteben. Es kann eine Genesung nur finden, wenn alle die Hindernisse aus dem Wege geräumt werden, die die Tragik der Weltgeschichte dem Sieger aus dem Weltkriegeduell errichtet hat. Wie den Engländern das Feuer unter den Nägeln brennt, darüber läßt folgender Auszug aus einem Leitartikel des Manchester Guardian, des führenden englischen Wirtschaftsorgans, entsprechende Schlußzeile zu.

Er fordert eine Neuregelung der internationalen Schuldzu als Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Churdhill sehe ein, daß es zum Vorteil Englands sein würde, wenn es den größten Teil der von Deutschland geschuldeten Rechnung nicht einziehe. Für die Vereinigten Staaten habe jedoch keine Persönlich

teff von gleicher Befugnis... Selbst erklärt. Sogar in Frankreich... die Überzeugung, daß die Wohlfahrt in Frankreich in größerem Maße von einer Art von industrieller Gemeinschaft mit Deutschland abhängt...

Der Gedanke einer internationalen Regelung der nationalen Schulden zieht sich wie ein roter Faden durch alle Debatten, die im öffentlichen Leben derzeit geführt werden. Bei den letzten beendeten Konferenzen von Gai... hat sich auch Lloyd George dazu geäußert.

Laut Daily Mail herrscht in gewissen industriellen Kreisen die Ansicht vor, daß wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fall der Mark und zu ersten Wechselkurschwankungen führen würde...

Nach demselben Blatt erklärte der augenblicklich in London weilende Vizepräsident der amerikanischen Handelskammer, er sei persönlich der Ansicht, daß eine neue Erziehung über die Kriegsschulden der gesamten Welt zugute kommen würde.

Die Erkenntnis von der Unmöglichkeit, die Reparationsforderungen durchzuführen, bricht sich in den Reihen unserer Gegner mehr und mehr Bahn. Das beweist, daß die Haltung unserer Partei in diesen Fragen die einzig richtige war...

Eine Note des Garantiekomitees.

Paris, 4. Oktober. Das Garantiekomitee veröffentlicht folgende amtliche Note seiner gegenwärtig in Berlin weilenden Delegation, durch die eine deutsche Note vom 1. Oktober berichtigt werden soll. Die Note lautet: In den ersten Beratungen mit Vertretern der deutschen Regierung hat das Garantiekomitee die Frage der Zahlungen geprüft...

Die Vielseitigkeit Weismanns.

Vor einigen Tagen habe die Note Fahne auf Grund eines kurzen telegraphischen Auszuges aus einem Artikel der Moskauer Prawda gegen den Staatskommissar für öffentliche Sicherheit, Welomann, die Aufmerksamkeit erregt, er habe dem englischen Minister Churchill das gefälschte Material über die bolschewistische Propaganda der Sowjetrepublik in verschiedenen nicht-russischen Staaten gegeben.

„Welomann, der eine Million Mark, die er im Spiel gewonnen hatte, über die Schweizer Grenze schmuggelte, trat in Basel mit dem Leiter der englischen Polizei, Tompson, und der internationalen Spionagebande in Berlin in Verbindung, die nach und nach der Spionage aller Länder dienste. Von den Intrigen Weismanns hat Radel schon im Juli 1920 in der roten Fahne berichtet.

Auf diese Art sind schon mehrere von den Dokumenten, auf die sich das englische Ministerium beruft, in der russischen Kontroversenpresse veröffentlicht worden und haben allgemein großes Aufsehen hervorgerufen, da jedermann klar sah, daß nichts mit der Wirklichkeit gemein haben.

Herr Weismann wird nicht umhin können, zu diesen konkret formulierten Enthüllungen Stellung zu nehmen. Schweigen wäre freilich auch eine, freilich bezweifelnde, aber vielsagende Antwort. Aufgabe der Regierung wäre es dann, dem schweigsamen Beamten die Zunge zu lösen.

Keine neue Kommunistenpartei?

Die in der kommunistischen Arbeitgemeinschaft zusammengeschlossenen Abgespaltener der KPD, geben ein Mitteilungsblatt heraus. Als Verleger zeichnen Adolph Hoffmann und Ernst Däumig. In der Nummer 1 ist, neben Erklärungen Däumigs und Hoffmanns und der Abgeordneten Marie Madwig, ein Artikel „Was wollen wir?“ enthalten, in dem es unter anderem heißt: „Wir gründen keine neue Partei. Wir wissen, daß die Proletarier der Parteien genug und übergenug haben.“

Zu dieser Erkenntnis hätten die Däumig und Hoffmann eigentlich bereits in Halle kommen müssen, wenn das Licht aus

dem Osten ihnen nicht jedes Orientierungsvermögen genommen hätte. Aber es mußte gespalten werden. Nun liegen sie als die Produkte der Zerstückung am Boden und resignieren.

Das es mit den anarchischen Tendenzen in der KPD, an denen Däumig und Hoffmann Anstoß nahmen, nicht ganz ohne ist, darüber gibt Kurt Geyer in der leuchtigen Zeitschrift „Unter Weg“ eine treffende Befähigung, die aus dem Munde des einst aufgewaltigen Walter Stoedter stammt. Geyer hatte kurz vor Jena mit Stoedter eine Unterredung, in der dieser erklärte: Die anarchische Gefahr in der Partei sei überaus groß und das Ueberwuchern des Anarchismus in der Partei habe die Gefahr der Zerstückung der Partei in nächste Nähe gerückt.

Kurt Geyer schließt daraus: „Wenn es Stoedter ehrlich um den Kampf gegen die anarchischen Tendenzen in der Partei zu tun war, hätte er nach dem Parteitag von Jena seine Worte wahr machen müssen. Die Resolution des Parteitages ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig. Der Sieg der Linken war evident. Gleich uns hätte er nun auf die Gefahr des Beschlusses hingewiesen, in eine offene Oppositionsstellung zu gehen müssen. Er hat natürlich nicht daran gedacht. Er hat nicht daran gedacht, zu erklären, daß er nicht in die Zentrale gehe, sondern hat sich bemüht, seine Wiederwahl zu erreichen.“

Stoedter ist geblieben, zwar nicht als Mitglied der Zentrale, dazu war er nicht mehr wählbar genug, aber er wurde „Oberbezirkssekretär für Rheinland-Westfalen“. Wie lange noch, das wissen die Götter der neuen Zentrale. Bald wird er stürzen über die Fallstricke der Junganarchisten, die heute noch unter dem Namen „Kommunisten“ leben.

Die „deutschsoziale Partei“.

Es gibt noch immer nicht Parteien genug. Zwar haben sich schon mancherlei Spaltungen zwischen Nationalisten und Bolschewisten ergeben. In Bayern besteht eine „nationalsozialistische“ Partei. Nun wird der alte Plan des seligen Stöcker wieder aufgewärmt, die Gegensätze zwischen links und rechts zu überbrücken, indem man eine Mischung zwischen Nationalisten, Nationalisten und Monarchisten versucht, um damit die Arbeiter fördern zu können.

In einem Werbeaufsatz, der sich an die „schaffenden deutschen Männer und Frauen“ und an die „Arbeiter aller Stände“ von Anspül-Runde bis zum Erzberger-Mörder Tiffen wendet, wird die Not der Arbeiter dem Luxus und dem Wohlleben der Schieber gegenübergestellt, über die Unfähigkeit der Regierung gewettert und in bezug auf die Parteien gesagt: „Die bisherigen politischen Parteien haben sich überlebt und sind mehr oder weniger schuld an unserm Unglück.“

Dann gehts gegen die Ausländer und die fremdsprachigen und zum Schluß wird verlangt, daß eine Vermögenshöchstgrenze festgesetzt und alle indirekten Steuern abgeschafft werden.

Der Schluß des Werbeaufsatzes soll natürlich nur den antisemitisch-nationalistischen Charakter der Parteigründung verbergen und solche, die nicht alle werden, anlocken. Wenn es aber selbst einem Stöcker, der in seiner Art immerhin ein gewissen Demagogie war, nicht gelungen ist, irgendwelchen Einfluß auszuüben, so daß er sich schließlich ganz auf den Antisemitismus warf, so werden auf die Reimuten der Macher der „Deutschsozialen Partei“ die Arbeiter erst recht nicht treten.

Der Vorschlag des Völkerbundes über Oberschlesien.

Paris, 5. Oktober. Der Korrespondent der Information teilt mit, daß der englische Delegierte beim Rat des Völkerbundes, Fisher, nach London abgereist ist, um Lloyd George den Vorschlag zur Lösung des ober-schlesischen Problems zu überbringen. Der Korrespondent glaubt sagen zu können, daß eine politische Grenze vorgeschlagen wird, die für Polen etwas ungünstiger ist, als die Stojza-Linie; aber doch hinsichtlich des Teilungsplanes den polnischen Forderungen entgegenkommt. Die deutschen wirtschaftlichen Interessen sollen durch verschiedene Maßnahmen berücksichtigt werden, die ihnen im neuen polnischen Gebiet volle wirtschaftliche Freiheit zusichern: Die Freiheit der Aus- und Einfuhr, finanzielle Arrangements, Befreiung von Zollabgaben.

Polnische Ausschreitungen.

Wies, 5. Oktober. Heute früh entstand am Kriegerdenkmal eine heftige Entladung von Sprengstoff, die zur Folge hatte, daß der Krleger von dem Denkmal heruntergeschleudert wurde und zerbrach.

Kattow, 5. Oktober. In Moshewitz (Kreis Rybnik) haben Polen eine Handgranate in einen Gasthof geworfen, in dem die Hochzeit eines zurückgekehrten deutschen Flüchtlings gefeiert wurde. Acht Schwere und vier Leichtverletzte wurden in das Krankenhaus gebracht. Von polnischer Seite war schon am Freitag mit der Sprengung der Hochzeit gedroht worden.

Kattow, 3. Oktober. Am 2. Oktober hat in Rybnik eine vom polnischen Kreisrat Dr. Wasyl einberufene und von ihm geleitete Versammlung der Gemeindevorsteher des Kreises Rybnik im Zentralhotel stattgefunden. Die Gemeindevorsteher waren schriftlich eingeladen mit dem Auftrage, die Gemeindefrage mitzubringen. Es wurde in der Versammlung ein Telegramm an den Völkerbund vorgelegt, das sie unterzeichnen und unterschreiben mußten und in dem sehr energisch die Zuteilung Oberschlesiens an Polen bis zu der sogenannten Koefanlinie ausgeprochen ist.

Die westungarische Krise. Oesterreich fordert Garantien.

Wien, 5. Oktober. (U.) Die Konferenz in Benedig soll Ende dieser Woche stattfinden. Bundeskanzler Dr. Schober wird gleich zu Beginn der Konferenz die Frage aufwerfen, welche Garantien Oesterreich nach der am Montag erfolgten formellen Ausräumung des Burgenlandes durch Ungarn für die tatsächliche Ausräumung des Landes, dessen Säuberung von den Banden sowie für den ungehinderten Besitz seitens der Alliierten gewährt werden. Erst wenn diese Fragen in zufriedenstellender Weise geregelt sind, könnte der Bundeskanzler in nähere Verhandlungen über die Frage etwaiger Grenzregulierungen eintreten. Sämtliche Verhandlungen könnten jedoch erst nach der erfolgten tatsächlichen Befreiung des Burgenlandes durch Oesterreich ihren Anfang nehmen. — Die Neue Freie Presse erklärt, daß die am Montag erfolgte formelle Uebergabe des Burgenlandes an die Entente nur eine Scheinformalität sei und keineswegs eine Erfüllung des Friedensvertrages von Trianon.

Wien, 4. Oktober. Die politische Korrespondenz teilt mit, daß die österreichische Regierung folgenden Telegramm erhalten habe: Oberwart, 4. Oktober. Das Volk Westungarns hat in dem im Sinne des Trianoner Vertrages geräumten Gebiete die Unabhängigkeit, Selbstständigkeit und Neutralität dieses Gebietes und seiner Bevölkerung am 4. Oktober um 12 Uhr mittags proklamiert. Es hat den Oberkommandierenden mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes betraut. Gleichzeitig hat die Einwohnerhaft der Bezirke Steinlebel, Eisenstadt, Lutanpaß, Obepollen-

dorf und Remfuszur sich der Proklamierung der Unabhängigkeit angeschlossen.

Ein neuer Karlistenpulsch in Sicht?

Wien, 4. Oktober. Nachrichten aus Ungarn melden, daß Prinz Sixtus von Parma, der Schwager des Königs Karl, sich seit einigen Tagen in Steinamanger befindet. Gerüchte aus Steinamanger besagen, daß die Rückkehr König Karls um Mitte Oktober erwartet werde.

Die Konferenz in Washington.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Havdamebung aus Washington wird das Staatsdepartement die belgische, die niederländische und die portugiesische Regierung zur Teilnahme an der Washingtoner Konferenz einladen. Der Staatssekretär Hughes hat sich mit den fünf von vorherherein eingeladenen Mächten verständigt und ihre formelle Zustimmung zur Zulassung der oben genannten Mächte auf Grund ihrer Interessen im fernem Osten verlangt. Man glaubt zu wissen, daß ihre Stellung auf der Konferenz der Chinas entsprechen wird. Man rechnet nicht auf ihre Teilnahme an den Sitzungen, die sich mit der Abrüstung beschäftigen.

Saag, 5. Oktober. (U.) Voraussetzlich wird Briand in Washington den Standpunkt vertreten, daß von einer Einschränkung sämtlicher Rüstungen in Frankreich nicht die Rede sein kann, bis entweder die deutsche Gefahr dauernd durch die Befreiung der rheinischen Städte bzw. des Ruhrgebiets beseitigt sei, oder England und Amerika den damals mit Clemenceau verabredeten Defensivvertrag unterzeichnen. Da England und Amerika den zweiten Punkt unter keinen Umständen annehmen wollen, wäre dadurch das große Ziel der Washingtoner Konferenz unmöglich.

Die Armeen der Großstaaten.

London, 4. Oktober. Wie der Washingtoner Berichterstatter der Chicago Tribune berichtet, steht an militärischen Ziffern zufolge Frankreich mit einer aktiven Heeresstärke von 1 034 000 Mann an zweiter Stelle in der Welt da, China an erster Stelle mit 1 370 000, Deutschland mit 1 000 000 Mann an dritter Stelle. Englands Heeresstärke beträgt 740 300 Mann. Die Vereinigten Staaten folgen mit 140 000 Mann an vierter Stelle. Diese Ziffern stammen von der Washingtoner Konferenz im November erörtert werden.

Friedensbedingungen der türkischen Nationalisten.

London, 4. Oktober. (U.) Aus dem Pressebureau Kemal Paschas wird nach einem Konstantinopoler Telegramm mitgeteilt, daß Kemal Pascha keine Friedensvermittlung mit Griechenland annehmen will. Er sei aber bereit, wenn die Mächte die Vermittlerrolle übernehmen, mit diesen zu verhandeln. Die Friedensbedingungen der türkischen Nationalisten seien folgende: 1. Vollkommene Uebergabe der Türkei. 2. Rückgabe des ganzen türkischen Gebietes. 3. Aufhebung des türkischen Friedensvertrages mit den Alliierten. — Wie Atinerer Mänter verkünden, stand die Rückkehr des Königs Konstantin im Zusammenhang mit dem Beginn der Verhandlungen, welche mit England und Frankreich geführt werden sollten, um einen Frieden mit der Türkei herbeizuführen. England habe einen neuen Plan übermittelt, der im Kabinett besprochen werden soll. Im Laufe der nächsten Woche sei ein Beschluß zu erwarten.

Gefangenenaustrausch.

London, 4. Oktober. Einer Neukonstantinopoler Telegramm zufolge wird aus Angora berichtet, daß ein Uebereinkommen unterzeichnet wurde, wonach alle sich in Händen der Kemalisten befindenden griechischen Kriegsgefangenen sofort gegen die türkischen Kriegsgefangenen in Malta ausgetauscht werden.

Paris, 4. Oktober. Die französische Regierung hat bei der Regierung von Angora die sofortige und vollständige Freilassung der französischen Gefangenen, die letztes Jahr in die Hände der Türken gefallen waren, erreicht.

Die Antwort der Sowjetregierung an England.

Moskau, 1. Oktober. (Zunfpruch.) Gestern wurde dem englischen Vertreter in Moskau die Antwortnote der Sowjetregierung überreicht. In der Note wird die Identität der Sowjetregierung mit der 3. Internationale bestritten. Alle Forderungen der englischen Note seien unangelegentlich und beruhen auf Fälschungen, deren Quelle ein in Berlin unter dem Namen „Dokumentation“ erscheinendes Bulletin sei, das von der preussischen politischen Polizei (gemeint ist anscheinend das Staatskommissariat für die innere Ordnung) gepreßt werde. Der Note sind photographische Aufnahmen der entsprechenden Stellen des Bulletin beigelegt. Die Note erwähnt die unfreundlichen Schritte der englischen Regierung, u. a. die Verhaftung der Mitglieder der sowjetrussischen Handelsmission in Konstantinopel und die Entsendung der letzten englischen Note in einem Augenblick, wo Frankreich gegen Sowjetrussland Kriegsvorbereitungen betreibt. Die Sowjetregierung habe von Anfang an eine detaillierte und genaue Bestimmung der gegenseitigen Verpflichtungen Englands und Russlands gewünscht, aber die englische Regierung habe auf unbestimmten Ausdrücken im Vertrage bestanden. Die vorhandenen Mißverständnisse könnten durch sachliche Verhandlungen erledigt werden, aber nicht durch eine Diskreditierung der Sowjetregierung vor der ganzen Welt.

Von Nah und Fern.

Automobilunglück.

Mainz, 4. Oktober. Bei Wadernheim wurden dieser Tage infolge eines Zusammenstoßes zwischen einem Personen- und einem Lastauto mehrere Amerikaner schwer verletzt. Zwei sind inzwischen im hiesigen Krankenhaus gestorben.

Shadletons Fahrzeug in Gefahr.

Lissabon, 3. Oktober. (Sapas.) Die Queit, das Fahrzeug, mit dem Shadleton seine Forschungsreise in das antarctische Meer unternimmt, ist auf der Höhe von Kap Roca von einem Sturm erfasst worden und hat um Hilfe gebeten. Ein Schlepper ist von Lissabon zur Unterstützung abgegangen.

Erdbeben am Roten Meer.

Rom, 5. Oktober. (U.) Ein Erdbeben in Massaua hatte eine verheerende Wirkung, so daß die meisten Bauten des italienischen Haupthafens am Roten Meer entweder zerstört oder wegen Einsturzgefahr niedergelegt werden mußten. Die Bevölkerung Massaus ist wegen der Fortdauer der Erdbeben in Nachbarorte übersiedelt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Billig, Borsdorf/Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig

Frauen-Schönheit. Verleiht ein reines, jugendliches Aussehen und ein zartes, schillerndes Teint. Alles dies erzeugt die allein echte Steckenpferd-Seife. Die von Dr. Lillomilchowsky v. Bergmann & Co., Radebeul.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Detfer's Backpulver



Nützliche Bekanntmachungen.

Zuckerbestandsaufnahme.
Gemäß einer Anordnung des Wirtschaftsministeriums haben die Kleinhändler bis zum 7. Oktober 1921 schriftlich oder mündlich beim Gesundheitsamt im Neuen Rathaus, II. Obergeschoss, Zimmer 452, ihren Vorrat an Zucker jeder Art anzugeben.

Nichtanmeldung zieht Bestrafung nach sich.
Gesundheitsamt Leipzig, am 4. Oktober 1921.

100 Mark Belohnung!

In der Nacht vom Sonntag, dem 25. zum Montag, dem 26. September, vor 1 Uhr, ist versucht worden, aus dem Wohnhausbau an der Industriestraße in **Witzkau** eine größere Anzahl neue, ungeschliffene Türen und Fenster zu stehlen. Zum Transport sollte ein vierrädriger Handleiterwagen benutzt werden, der der Familie Hennig in Weinaudorf gehört und aus deren Garten gefahren worden ist. In Begleitung der beiden Diebe hat sich ein kleiner weißer Spitz befunden. Geflohen worden ist ein **Kasten mit Zimmermanns-Handwerkzeug.** Unter Zusage strengster Verschwiegenheit und mit Bezug auf obengenannte Belohnung wird gebeten, laudensliche Wahrnehmungen mitzuteilen an das **Gemeindeamt Witzkau.**

Bersteigerung.

Am **Donnerstag, dem 6. Oktober d. J.,** vorm 11.30 Uhr, sollen auf unserm zur Gemeinde Thelma gehörenden Grundstück nachstehende Sachen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden: 2 Pferde, 1 Kuh, 1 Kalb, 1 Färse, Küch-, Küch- und andre Wagen, diverse landwirtschaftliche Maschinen und Geräte.

Automobil und Aviatik A.-G.
Leipzig-Bitterfeld.

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Zahlstelle Leipzig.

Donnerstag, den 6. Oktober, nachmittags 4 Uhr Mitglieder-Versammlung

im Pantheon, Dresdner Straße 20.
Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Lohnkommission. 2. Beschlußfassung der Lohnregelung für Jugendkinder. 3. Beitragsverbesserung. 4. Verschiedenes.
In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung ist es Verpflichtung, daß jeder sein Mitgliedsbuch am Eingang zur Kontrolle vorlegt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Patentanwaltsbüro Sack,

Leipzig, Brühl 2.

Sächsische Keks & Konfitüren-Fabrik
Für Feinschmecker!
Stollen
Stück 2.50 und 5.- Mk.
Albert-Keks
aus Weizenmehl, 1/4 Pfd. 5.- Mk.
Schneidia-Semmeln
4 Stück 1.- Mk.

Leipziger Bücher-Ramsch-Halle
Burgstraße 22-24, gegenüber dem Idöringer Hof.
Wissenschaftliche, Unterhaltungs- und Jugendbüchlein.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Billige Herren-Garderobe
Großer Gelegenheitskauf
für Herren, Jünglinge und Knaben.
Teilweise weit unter heutigem Preis!
Habe einen großen **Rostposten neue Schlüpfer / Ulster / Paletots / Anzüge Cutaways / Hosen** (Nur gute Qualitäten) aufgekauft und verkaufe diese einzeln **auffallend billig.**
Gummimäntel / Pelzerinnen / Joppen in großer Auswahl!
Bitte um Besichtigung, ohne Kaufzwang!
J. Kindermann Neumarkt 1, I. Et. **Kein Laden..**
Seit 41 Jahren bestehend.

Billige Fleisch- und Wurstwaren!
Schinken, Schwarzwurst und geräucherter Speck
zu Tagespreisen

Kraut- und Jagdwurst	14.00 Mk.
Salami- und Cervelatwurst	18.00 Mk.
Polnische und Wittwurst	16.00 Mk.
Wurst und Blutwurst	12.00 Mk.
Leberwurst und Würme	11.00 Mk.
ii. Böttchschweinefleisch	14.50 Mk.

Markthalle, Galerie linke Hälfte von Stand 65.

ff. Leder-Ausschnitt
empfiehlt
Lederhandlung Heinrich Berthold
Leipzig, Nikolaistraße 20-26.

Preiswerte
Glaswaren

Salatschüsseln (Preisglassorte „Salurn“)	
18 cm	3.50
13 cm	1.85
15 cm	2.40
11 cm	1.20
Kompott-Teller (Preisglassorte „Salurn“) 14 cm	
1.20	
Salatschüsseln (Preisglassorte „Radium“)	
24 cm	9.00
17 cm	5.00
12 cm	2.40
21 cm	6.00
15 cm	4.00
11 cm	1.60
Kompott-Teller (Preisglassorte „Radium“) 14 cm	
1.60	
Salatschüsseln (Preisglassorte „Kohl“)	
23 cm	8.75
18 cm	5.65
13 cm	2.40
20 cm	7.25
15 cm	3.65
11 cm	1.85
Kompott-Teller (Preisglassorte „Kohl“) 14 cm	
1.60	
Salatschüsseln (Preisglassorte „Hilda“)	
21 cm	10.00
17 cm	6.00
20 cm	7.00
15 cm	5.00
11 cm	2.10
Kompott-Teller (Preisglassorte „Hilda“) 14 cm	
2.10	

Wirtschafts-Artikel

Harzspiritus 1-Pfund-Dose	2.95
Kernseife ca. 250 gr	3.50
Waffelbäckerei bestehend aus 2 Formen und 2 Griffen	8.50
Eimer verzinkt, 28 cm	10.50
Holzkafeemühlen mit geschmiedet. Mahlwerk	24.50
Wirtschaftswagen m. Teiler u. Emaille-zifferblatt, regulierbar	31.00
Salon-Kohlenkasten dekoriert	37.50
Sand-Seife-Soda-Garnitur mit Steingutbehälter und Holzgestell	37.50
Fleischhackmaschine „Alexander-Werk“ email. 65.00 50.00	45.00

ALTHOFF

Bauarbeiter-Verband

Telephon: 3407. Bezirksverein Leipzig. Telephon: 8407.
Bureau: Gledersstraße 1, III (Hotel Victoria), Zimmer 35-37.
Geschäft: von 9-1 und 4-7 1/2 Uhr, Sonntags von 8-1 Uhr.

Stuftateure und Bager. **Donnerstag, 6. Oktober, abends 7/8 Uhr.**
in **Boltshaus: Versammlung.** Wichtigste Tagesordnung. Alle Geschäfte müssen vertreten sein. Der Vorstand.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Westen II. **Donnerstag, 6. Oktob.**, abends 7/8 Uhr, **Bezirksversammlung** im Restaurant zum **Nosental**, Waldstraße 62. Gruppenführer und Funktionäre, die noch Material von der Verbewoche und Karten zur Stadtverordnetenwahl haben, müssen dies mitbringen. Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Pflicht. Die Bezirksleitung.

Böhlitz-Ehrenberg. **Donnerstag, den 6. Oktober,** abends 7/8 Uhr, **Frauenversammlung** in der **Großen Eiche**. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin **Dammert** über: **Mutterkür**. 2. Ausprache. 3. Verschiedenes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. D. B.

Entzsch. **Freitag, den 7. Oktober, abends 7 Uhr.** **Halbjahrs-Generalversammlung** im **Goltschlächen**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. **Kremer**: Die Tätigkeit unserer Stadtverordneten. 2. Diskussion. 3. Bericht des **Gesamtvorstandes**. 4. Wahl des 1. Vorstehenden. 5. Vereinsangelegenheiten. Zahlreichen Besuch erwartet. D. B.
Voransage: **Freitag, den 21. Oktober, Herbstvergnügen** im **Goltschlächen**.

Blagwitz-Lindennau-Schleußig. **Freitag,** abends 7/8 Uhr, **Halbjahrs-Generalversammlung** im **Goldenen Adler**, L.-Lindennau, Angerstraße. Tagesordnung: 1. Die Stellungnahme der USPD zur Regierungsbildung im Reich. Referent: **Genosse Redakteur Saupe**. 2. **Geldhilfe** und **Kassenbericht**. 3. Bericht der **Revisoren**. 4. Verschiedenes. Bei der Wichtigkeit des ersten Tagesordnungspunktes erwarten wir zahlreichen Besuch unserer Mitglieder. Der Vorstand.

U.S.P.D. Eilenburg

Freitag, den 7. Oktober, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht vom Kreisrat und Bezirksrat. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Wie **Geschlechtskrankheiten**, Weichfluß und poröse Schwäche ohne Arzneigifte, ohne Einwirkungen, überhaupt ohne die übliche unangenehme Behandlung geheilt werden, darüber gibt ein Anhemittelte folgenlos Auskunft (sagt. 12-1 u. 6-6 unter gemeinnütziger Verein für Lebens- und Heilfunk „Reform“ e. V., Sophienstr. 10, II.

Läuse Schwaben Wanzen

befektigen Sie unter Garantie in 1/2 Stunde **Caolba** nur mit **Caolba**.
Zu haben: **Leipzig, Talbrögerie J. Achenbach, Talstr. 12b.** Verlangen Sie nur **Caolba**.

Zahnpraxis Rehme, Pfaffenborfer Str. 3, II. Am Alten Theater.
Mod. preisw. Zahnersatz in Gold, Silber u. Kunstzahn. Tätig für preuß., sächs., Eisenbahn-, Volk-, Sunungs- und andre Krankenkassen.

Möbel gibst auf jeden Fall Reichlich leut und überall! Brauchst Du auch, wie's damit steht
In Bezug auf Qualität? Es ist leider nicht egal
Wie beim Kauf Du trifft die Wahl.
Bist Du bewahrt feinstertigut Sei darum Sets auf der Dut.
Nobling hier, der liefert aut.
Bayerische Str. 32.

Tapeten 1.- an Bordo Meter von 5 3 an **Wachstuch-Reste** billig.
Körner, Eilenstraße 51, Ecke Ködnerstr. Rein Laden.
Zurückgekehrt Dr. Städtler
Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten.
Dresdner Straße 9.

Familien-Nachrichten

Am 3. Oktober 1921 verschied im Krankenhause die Bureaugehilfin
Fräulein **Elfriede Frisch.**

Wir bedauern aufrichtig das Hinscheiden der durch ihre Pünktigkeit und durch ihr freundliches Wesen allgemein beliebten Mitarbeiterin. Ihre Absenden werden wir allzeit ehren.
Der Kassenvorstand Die Verwaltung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Leipzig-Land
August Boehle **H. Gueffroy**
Vorstehender. Verwaltungsdirektor.

Am 4. Oktober verschied plötzlich und unerwartet meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwiegermutter und Tante
Frau Selma Henel geb. Erfurth.
L.-Neuditz, Daser Straße 42a, I.
In tiefer Trauer
Arno Henel nebst Hinterbliebenen.
Beerd. Freitag, 7. Okt., 1/2 2 Uhr, Kap. Trinitatisriedb.

Todes-Anzeige. Allen Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß unser herzensguter einziger Sohn **Heinz** im Alter von 2 Jahr, 1 Monat, 1 Tag, nach einem kurzen aber qualvollen Leiden uns durch den Tod entzogen worden ist.
Liedertwolkwitz, 4. Oktober 1921.
Max Häbler und Frau.
Wer ihn gekannt, wird unsern großen Schmerz empfinden.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen.
Herrn Friedrich Streubel
sagen wir allen für den schönen Blumenkranz und aufrichtige Teilnahme innigen Dank.
Wausdorf, den 4. Oktober 1921.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with weather observations for Leipzig, including temperature, wind, and precipitation data for October 4, 1921.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung. Morgen, Donnerstag, den 5. Oktober, abends 6 Uhr, im Volkshaus, Café links. ... Die Parteileitung wird morgen, Donnerstag, angelehnte Vertrauensmännerkonferenz ...

Die Leipziger Stadtverordnetenwahlen vor dem Landtag.

Den Auftakt zu der gestrigen Landtagssitzung bildete eine Debatte über die Leipziger Stadtverordnetenwahlen. Zur Beratung stand in erster Lesung der Entwurf des Gesetzes über die Neuwahlen in den Gemeinden, den die Leipziger Volkszeitung ...

Nach diesem Gesetz würden auch die Stadtverordnetenwahlen in Leipzig erst nach dem Abschluß der Eingemeindungsverhandlungen stattfinden. ... Die Herrschaften hoffen ja, bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen in Leipzig auf eine bürgerliche Mehrheit, die ihnen um so sicherer scheint, wenn die Einwohner der Vororte Paunsdorf, ...

perspektive ihrer geistigen Begabung einträglich zusammen, so daß sie es fertig brachten, das geistige Niveau des Landtages zu einem Tummelplatz ihrer lokalpatriotischen Wahlbesürchtigungen herabzudrücken.

Genosse Liebmann sagte den Herren, wenn sie ihres Sieges so sicher seien, dann brauchten sie doch nicht die Wähler zu entrechtchen, denn das Mandat der Eingemeindungsaboteure sei doch nichts anderes als ein Wahlrechtsraub an den Einwohnern der Vorortsgemeinden. ...

Eine Professorengebung gegen die Verurteilung Dr. Wagners.

Am 30. August d. J. wurde von der Strafkammer in Rudolstadt der bekannte Schulreformer Dr. Wagner wegen angeblichen Vergehens gegen § 174, Ziffer 1 des Strafgesetzbuchs zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. ...

Das Urteil hat in den weitesten Kreisen Empörung hervorgerufen. Der Bund für freie Schulgemeinden in Leipzig hatte zu Dienstzwecken eine öffentliche Versammlung nach dem Zentraltheater einberufen, die Protest erheben sollte gegen das Verfahren gegen Dr. Wagner. ...

Bei Beginn der Versammlung wurde der Antrag gestellt, freie Diskussion zuzulassen. Der Leiter der Versammlung, Herr Geisler, gab bekannt, Polizeirat Weiß habe nach hartem Kampf die Versammlung freigegeben unter dem Vorbehalt, daß eine Debatte nicht stattfinden werde. ...

In der Debatte ergriffen die Vertreter der verschiedensten Richtungen das Wort. Ein kommunistischer Redner erinnerte die freie deutsche Jugend daran, daß sie nicht protestiert hätte gegen die Justizurteile, die in Mitteldeutschland gegen kommunistische Arbeiter gefällt worden wären. ...

Nur einer beteiligt sich nicht an dem Gespräch. Er hat sich ins Moos geworfen und starrt in den Himmel. Seine Lippen bewegen sich. Er murmelt er und gibt es wieder auf. ...

teiste, die internationale Tagung für Sozialreform habe in einer Resolution gegen das Rudolstädter Urteil Stellung genommen. Die Entschlieung sei aber der Öffentlichkeit nicht zur Kenntnis gegeben worden. ...

Nach Schluß der Debatte wurde gegen wenige Stimmen nachstehende Entschlieung angenommen: „Eine am 4. Oktober 1921 im Leipziger Zentraltheater tagende, 1500 Mann starke öffentliche Versammlung spricht in ihrer großen Mehrheit Herrn Dr. Gustav Wagner ihr unverändertes Vertrauen aus und erklärt, daß der Prozeß und sein Ergebnis ihren Glauben an sein Werk und seine Berufung als Erzieher nicht haben vermindern können. ...

Die Leipziger Rechtssozialisten zum Görlitzer Beschluß.

Am Montag haben sich die Leipziger Rechtssozialisten in einer Mitgliederversammlung mit dem Görlitzer Parteitag beschäftigt. Vom Parteivorstandenden Siebold wurde eine Resolution vorgelegt, die sich zu den Görlitzer Beschlüssen bekennt; es wird darin die Hoffnung ausgesprochen, daß in der Koalitionsfrage an den Grundforderungen festgehalten wird, die vom Görlitzer Parteitag in der Resolution niedergelegt sind. ...

Die eingeschränkte Redefreiheit wurde schließlich durch einen Schlußantrag ganz abgelehnt, trotzdem sich der alte Fag sehr heftig über das undemokratische Empfinden der Mitglieder beklagte. Schließlich wurde der Beschluß wieder korrigiert, die Aussprache über die Görlitzer Beschlüsse wurde vertagt. ...

Ratsbeschlüsse.

Eine städtische Beihilfe für das Konservatorium. In der letzten Gesamtsitzung wurde beschlossen, aus städtischen Mitteln dem Konservatorium eine Beihilfe in Höhe der Hälfte seines Fehlbetrages, der für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. März 1922 auf 330 000 Mark berechnet worden ist, also 165 000 Mark, zu gewähren und demgemäß im Haushaltsplan 1921/22 in Konto 7 den Ans. 19 ao. um 165 000 Mark zu erhöhen. ...

Die Geschäftszeit beim Rat und Polizeiamt. Es wurde beschlossen, bis auf weiteres für die städtischen Verwaltungen und das Polizeiamt die durchgehende Geschäftszeit beizubehalten und diese für die Zeit vom 15. Oktober d. J. bis zum 31. März 1922 auf vormittags 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr, Sonnabends auf 8 bis 1/4 Uhr festzusetzen. ...

Steuerabzug vom Arbeitseinkommen. Das Steueramt gibt bekannt: Für die Berücksichtigung der Familienangehörigen ist bis zum Schluß des Kalenderjahres 1921 noch der Stand der Verhältnisse am 1. April 1921 maßgebend. Die Arbeitgeber haben keinerlei Veranlassung, des Steuerabzugs wegen die Familienverhältnisse ihrer Arbeiter erneut festzustellen. ...

Das Reformationsfest und der allgemeine Bußtag (16. November) gelten noch, wie jetzt amtlich bekannt gegeben wird als

Peter Schaller.

Von Frida Schwarzer.

Wir unterbrechen diesmal die Reihe unserer größeren Romane, um eine kleinere Arbeit einer jüngeren Schriftstellerin und Genossin zu veröffentlichen, die dem Maßstab der strengen Kritik noch nicht völlig Genüge leistet, aber von einem Talent Zeugnis ablegt, das Förderung verdient. Es ist die Arbeit einer Proletarierin; in ihren 24 Jahren hat die Verfasserin die Not wie die Erhebung des Proletariats erlebt. ...

Nichten ragen in stolzer Schönheit empor. Bedrückt duckt sich das Kleinwolk der Sträucher zusammen. Auf dem weichen Waldboden wimmelt tausendgestaltiges Leben. ...

Der Wald singt sein Sommerlied vom Werden und Reifen. Aber kein leises Raunen wird überhört durch den Schall menschlicher Stimmen, durch den Klang weithin tönender Axtschläge. ...

Die Axtschläge sind verstummt. Vesperpause. Die Holschauer laden sich am mitgebrachten Brot und dem sonderbaren Gebäck, das sie Kaffee nennen. Wortlarm sind die Vetteren. ...

Lebhaft reden die Jüngeren durcheinander. Von den Mädchen und vom Tanz am nächsten Sonntag. Und daß da neulich einer aus der Stadt gekommen ist, der ein Kino bauen wollte. ...

Die andern lachen. Schallend und laut. Wie nur erbarmslose Jugendliche lachen kann. „Se, Peter, dichst wohl schon wieder?“ Kargerlich wendet der Angerufene den Kopf zur Seite. ...

Peter erwirbt nichts. Der Ausseher rüft auch schon wieder

zur Arbeit. Tatsächlich freut er sich schon auf den Sonntag, wo er wieder über seinen geliebten Büchern sitzen kann und schreiben — schreiben.

„Hättest du Schulmeister werden sollen, Peter. Dann könntest immer über den Büchern hocken,“ nicht ihm ein älterer Kamerad zu und klopft ihm freundlich auf die Schulter.

„Und du lieber Himmel, Schulmeister werden! Wozu denn? Und dann, Schulmeister! Was ist denn das groß? Peters Pläne sind viel himmelstrahlender.“

Und er murmelt, während er wieder zur Axt greift: „In die Ferne will ich ziehen, wo die bunten Blumen blühen.“

Nun, vorläufig konnte er noch nicht in die Ferne gehen, sondern war fest an das enge Dörfchen gefesselt, wo er das Licht der Welt erblickt hatte und wo er sein kärgliches Brot fand. ...

Peter hatte keinen Vater. Seine Mutter, die Marie Schaller, war einst ein schmales Mädchen gewesen. Das hatte auch der Fremde gesehen, der sich zu dieser Zeit gerade mal in das Dörfchen verirrt hatte. ...

Peter dachte oftmals über seinen Vater nach. Es sollte ein „Besserer“ gewesen sein wie man in dem Dörfchen munkelte. ...

staatliche Feiertage, die die alte Bestimmungen über Sonntagsruhe in Kraft zu treten haben. Das sächsische Gesetz über die Aufhebung sächsischer Sonderfeiertage vom 22. Dezember 1920 betrifft nur den Hochfeiertag, d. h. den 6. Januar, und den Frühjahrsfesttag. Nur diese sind also als staatliche Feiertage in Wegfall gekommen.

Elternabend in KleinSchöcher. Die Parteigenossen und Genossinnen, sowie jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen von KleinSchöcher werden ersucht, sich am Sonntag zum Elternabend in der Terrasse, Kleiner Saal, einzufinden. Das Wesen und die Ziele der S.P.D. sollen erörtert werden.

Eine Vortragsreihe für die im Gesundheitswesen tätigen Arbeiter, soweit sie der Reichs- und Staats- Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter angehören, findet am Sonntag, dem 6. Oktober, in Leipzig statt. Die Tagesordnung wird sich mit den für dieses Personal wichtigsten Fragen — Ausbildungs- und Prüfungsangelegenheiten, Arbeitszeit usw. — befassen. Die Tagung beginnt um 10 Uhr vormittags. Tagungsort: Volkshaus, Gesellschaftssaal.

Lebensmittelkatalog für Donnerstag, den 6. Oktober.
Für Händler
Ausländisches Weizenmehl: Bezugselementnahme durch die Odbändler.

Vollzeitsnachrichten.

Zu dem Zusammenstoß zweier Radfahrer in der Dimpfelstraße. Der Fahrer der ersten Maschine wurde am 27. vor. Mon. an der Einmündung der Dimpfel- in die Seltener Straße in L-Schönefeld mit seinem Fahrrad mit dem eines Kellners so heftig zusammengefahren, daß er schwer verletzt liegen blieb, bis er schließlich zum Krankenhaus St. Georg an den Folgen des Unfalls gestorben ist. Zur Aufklärung dieses bittet die Kriminalabteilung Zeugnisse zu sammeln bei ihr oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Nicht während der Fahrt von der Straßenbahn abspringen! Unfall mit tödlichem Ausgang! Am 1. d. M. vorm. 12 Uhr ist ein in der Brodhäuser Straße in L-Schönefeld wohnender 55jähriger Postausstatter auf dem Hauptbahnhofsvorplatz beim Abpringen von einem noch im Gange gewesenen Straßenbahnwagen zu Falle gekommen. Der Verunglückte konnte sich zwar allein nach seiner Wohnung heilen, hatte sich aber durch den Sturz lebensgefährliche innere Verletzungen zugezogen, an deren Folgen er am nächsten Morgen gestorben ist. Fremdes Verbrechen soll nicht vorliegen.

Vermißt wird seit dem 28. v. M. der in L-Lindenau, Gohlfowokstraße 4 bei seinen Eltern wohnhafte 17jährige Maurerlehrling und Bauhilfsarbeiter Walter Schauerhammer. Der Vermißt ist an jenem Tage vormittags in der 9. Stunde mit seinem Fahrrad von seiner Wohnung weggefahren, um wegen einer Augenverletzung einen Arzt aufzusuchen, von diesem Ausgang aber bis heute nicht zurückgekehrt. Er ist ungefähr 1,65 m groß, kräftig, hat dunkelbraunes Haar, blaue Augen, rundes, gesundaussehendes Gesicht und war zuletzt bekleidet mit schwarzen Jackentanzuhlen, weitem dunkelbraunen Hemd, schwarzen Lederhandschuhen, Leder- und roten Hosen und eine weiße Weste. Sachdienliche Mitteilungen werden demnach an die Kriminal-Abteilung oder die nächste Polizei-Wache erbeten.

Aus der Umgebung.

Sitzung des Bezirksauschusses.

Am Dienstagvormittag fand eine öffentliche Sitzung des Bezirksauschusses statt, die vom Amtshauptmann Ruffel geleitet wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Amtshauptmann eine Mitteilung. In der Bezirksversammlung am 24. September habe der Amtshauptmann festgestellt, daß aus den Akten fünf bis sechs Blätter fehlten, und daß die Seitenzahlen nachträglich geändert worden sind. Diese Mitteilung ist auch in der Presse erschienen, und die Leipziger Volkszeitung hat daran die Bemerkung geknüpft, daß ein untergeordneter Beamter, kaum wagen würde, Schriftstücke aus den Akten zu unterschlagen und nachträglich die Seitenzahlen zu fälschen. Da auch die Bezirksversammlung von der Veränderung nicht benachrichtigt worden sei, könne kaum jemand anders als Herr Fink, der frühere Amtshauptmann, eine solche Anordnung getroffen haben. Durch diesen Bericht veranlaßt, habe ein Oberleutnant dem Regierungsrat Gochle gemeldet, daß er die Blätter herausgenommen und die Seitenzahlen geändert habe. Diese Blätter hätten Unterstützungsgeld erhalten, die zusammengeschichtet werden müßten.

Es stehe fest, daß die Blätter fehlen und daß die Seitenzahlen geändert worden sind. Eigentlich hätte in den Akten vermerkt werden müssen, wohin die Blätter gekommen sind. Es sei aber nicht ausgeschlossen, daß ein Beamter aus Zweckmäßigkeitsgründen diese Handlung vorgenommen habe, und daß daher die Schuld nicht dem Herrn Fink habe die Anordnung getroffen, nicht aufzuheben werden könne. Dagegen stehe fest, daß von Herrn Fink Aufzeichnungen an Herrn Pöhlger gegeben worden sind. Von den übrigen Mitteilungen sei nichts zurückzunehmen.

Unter Zustimmung des Ausschusses wurde der 1. Punkt der öffentlichen Sitzung in die öffentliche Sitzung übernommen: Die Einverleibung des Ritterguts Innitz. Es liegt ein Vertrag zwischen dem Rittergut und der Gemeinde Innitz zur Genehmigung vor, die die Amtshauptmannschaft auch ohne den Bezirksauschuss erteilen oder verweigern kann. Der Referent, Regierungsrat Gochle, möchte aber eine grundsätzliche Entscheidung des Bezirksauschusses herbeiführen, da nach mehreren Verträgen anhängig seien. Er könne dem Ausschuss nicht empfehlen, dem Vertrage zuzustimmen, obwohl die Amtshauptmannschaft vor wenigen Wochen den Kontrahenten diesen Vertrag abgelehnt habe.

Durch eine Verordnung des Ministeriums sollen die Rittergüter, die in der Provinz Sachsen liegen, zum 1. Oktober in die Gemeinden einverleibt werden.

Es sei daher verabschiedet, den Rittergütern durch Privatvertrag neue Sonderrechte einzuräumen. Die Verträge der Rittergüter mit den Gemeinden seien alle nach einem gleichen Schema aufgestellt, das von einer Organisation herführe. Die Rittergüter verlangten für sich eine eigene Polizeigewalt, die ihnen nicht zugebilligt werden könne, zumal die Güter seit dem Kriege oft in wenig vertrauenswürdige Hände übergingen. Das Verlangen verstohe auch gegen die bestehenden Gesetze. Auf dem Gebiete der Steuerwesen seien die Verträge eine steuerliche Verstärkung vor, die nur zumungunsten der andern Gemeindeglieder erfolgen könne. Daher sei jedes Gemeindeglied in der Lage einen derartigen Vertrag anzusehen. — Die Wege des Güterbezirks gehen in das öffentliche Eigentum der Gemeinden über. Die selbständigen Güterbezirke wollen sich aber das Veräußerungsrecht über die Wege unter und über der Erde vertraglich sichern. Der Referent vertritt dagegen den Standpunkt, daß die Gemeinden die Herrschaft über die öffentlichen Wege behalten müssen. Außerdem bestehen die Rittergüter darauf, den Vertrag zu kündigen, wenn nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt alle selbständigen Güterbezirke im Reichsausschuß den Gemeinden einverleibt sind. Auch diese Bestimmung müsse die Amtshauptmannschaft anerkennen, da sie nicht einem bedingten Vertrage zustimmen könne.

Die Rittergüterbesitzer machen also den Versuch, der zwingenden Eingliederung zuvorzukommen und durch Privatvertrag ihre Sonderrechte zu sichern. Und der frühere Amtshauptmann v. Fink bot ihnen dazu hilfreiche Hand.

Der vorliegende Vertrag zwischen dem Rittergut und der Gemeinde Innitz ist in seinem ersten Teile brauchbar. Die angelegtesten besonderen Bestimmungen dagegen entsprechen dem oben angeführten Verlangen, Sonderrechte im Polizei- und Steuerwesen, ebenso wie über die Wege vertraglich festzusetzen; dazu wird noch ein halbjähriges Kündigungsrecht gefordert. Der Referent empfiehlt daher, den vorliegenden Vertrag zu beanstanden und die zwingende Eingliederung zu betreiben.

Die Stellungnahme des Referenten wurde vom Bezirksauschuss gutgeheißen und sein Vorschlag bei einer Stimmhaltung angenommen. Vorher hatte der Amtshauptmann noch darauf hingewiesen, daß der Vertrag unter der früheren Leitung der Amtshauptmannschaft zustande gekommen war.

Durch ein Ortsgericht will die Gemeinde Ennsitz die Erfüllung von Tagelöhnen und Reisekosten regeln. Nach dem Verlaufe des Referenten gehen die Sätze weit über die Normen für Staatsbeamte hinaus. Nach längerer Aussprache, in der der Amtshauptmann auf die prinzipielle Bedeutung des Beschäftigungswesens hinwies, wurde das Ortsgericht genehmigt unter der Bedingung, daß die im Juni 1921 gleichmäßig für ganz Sachsen aufgestellten Normen nicht überschritten werden dürfen.

Aus der übrigen reichhaltigen Tagesordnung blieben noch von Interesse ein, daß dem Konsumverein Zwenkau die Errichtung einer Schweinefleisch-Verarbeitungsanstalt genehmigt wurde.

h. Knauthain, Gemeinderat. Es wurde beschlossen, die Gemeinderatswahlen am 4. Dezember von vormittags 10 bis nachmittags 6 Uhr im Gasthof am Park abzuhalten.

Für Feuerwehr und sonstige von der Gemeinde Versicherte wurde die Unfallversicherung entsprechend den Zeitverhältnissen erhöht. — Die Gasanstalt berechnet künftig 1,40 Mk. pro Kubikmeter Gaspreis. Wegen Kohlenknappheit in der Gasanstalt kann die Straßenbeleuchtung auch im kommenden Winter nur in beschränktem Umfang erfolgen. — Elfterischerel und Gemeindeland sollen am 6. Oktober an hiesige Ortsbewohner verpachtet werden. — Von der Volkshochschule ist genehmigt, daß Knauthain an das Leipziger Fernsprachnetz angeschlossen wird.

Schleibitz. Am Mittwoch, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, findet im hiesigen Rathsaal eine große öffentliche Volksversammlung statt. Tagesordnung: Freidenkerwoche. Referent: Genosse Artur Nagel, Großhändler. Als Aufklärer, aus der Kirche ausgetretenen Arbeiter von Schleibitz und Umgegend, sowie die Genossen anderer Verbände sind hierzu eingeladen. Freie Aussprache für jedermann.

Gundorf. Eine Einwohnerversammlung, die der hiesige Gemeinderat einberufen hat, lehnte die Verleihung mit der Nachbargemeinde Böblitz-Gründersberg mit 107 gegen 67 Stimmen ab. Auch Burghausen will von einer Verleihung nichts mehr wissen.

Knauthain. Die Neuwahlen für den hiesigen Gemeinderat sind für den 4. Dezember d. J. anberaumt worden.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Abrechnung mit der reaktionären Verleumdertiquette.

Die heutige Zwölftagung des Landtages war in der Hauptsache einberufen worden, um eine Reihe kommunistischer Anträge zu erledigen. Aber dieser Zweck trat vollständig in den Hintergrund. Die Kommunisten haben immer mehr eingeschlagen, daß ihre ausschließlich auf die Einberufung nach außen hin berechneten Kundgebungen und Anträge in der Regel ihre ganze Wirkung verlieren, wenn sie einmal behandelt werden müssen. Sie waren deshalb so schlau und begünstigten sich damit, daß eines ihrer Mitglieder die ganze Anwesenheit für eine ungenutzte Zeit mit der Ueberweisung an den Rechtsausschuss einverständlich erklärte.

In Vorrede des Interesses standen vielmehr die gegenwärtig auch politisch bedeutsameren Interventionen und Anträge der bürgerlichen Parteien wegen der sogenannten „Fälle“ Knauthain und Lohse, die als Deckmantel für die systematisch unter den Beamten betriebene Verleumdung gegen die Regierung und die Republik dienen müssen. Wochenlang und monatelang wird der Verleumdungskampf gegen die sozialistische Regierung mit den unsaubersten Mitteln geführt, angeblich im Interesse der Beamten. Hinter dieser angeblichen „Beamtenfreundlichkeit“ verbirgt sich aber nur der Haß gegen

die Maßregeln der sächsischen Regierung zum Schutze der wenigen revolutionären Erzeugnisse. Beachtenswert ist ja, daß gerade die Reaktionsparteien, die unter dem alten Regime die Beamtenhaft in der niederträchtigsten Weise entzweit und schikaniert haben, sich jetzt am tiefsten „moralisch“ entrichten über die „Bewertung“ der Beamten. Gestern sollte nun die Verleumdungs- und Verleumdungskampagne und das Respektlossein gegen die sozialistische Regierung durch einen parlamentarischen Wortstoß getrübt werden. Es sollte, wie der Ministerpräsident ironisch meinte, großer Gerichtstag gehalten werden, mit einer Hinrichtung am Schluß. Und so ähnlich wurde es auch, bloß in umgekehrten Sinne. Es wurde eine vernichtende Niederlage für die Reaktionsparteien, mit einer moralischen Hinrichtung der deutschnationalen Verleumder und ihres Anhangs in der Deutschen Volkspartei. Nach den Nichtigstellungen, die von der Sitzung in den letzten Wochen bereits in der Presse erfolgt waren, war das Vorauszusehen. Deshalb schenken sich auch die Führer der Reaktionsparteien, die schließlich noch etwas von politischem Ansehen zu verlieren haben, die Hofmann, Beutler, Blüher usw., das schmühige Geschäft selber zu besorgen. Sie hatten als Hauptredner die Börner, Köllig und — Dr. Senfert vorgeschickt. Der deutschnationalen Börner, bei dem Dreißigkeit und politische Dummheit miteinander um den Vorrang streiten, hielt eine sogenannte Anklagerede, bei der es seinen Parteifreunden selbst angst und bange wurde. Und je öfter seine Behauptungen als unwahre Verleumdungen entlarvt wurden, desto unbedenklicher wurde er im Bewusstsein, bis er sich und seine deutschnationalen Freunde so gründlich blamiert hatte, daß schließlich die Herren Dr. Wagner und Erbele noch in die Breche sprangen und sanft säuselnd die „Rechte der Beamten“ schälen mußten. Herr Köllig, der durch seine politische Naivität von vornherein für mißberatene Umstände pflücht, errang für die Deutsche Volkspartei wenigstens so etwas wie einen Selbsterfolg, während Herr Dr. Senfert eulogie seiner die ganze politische Mächtigkeit und Ohnmacht seiner Parteigruppe offenbarende Tändelchen ausführte.

Mit wichtigen Schlägen wurde die Verleumdertiquette zu Boden getrieben. Die Minister Lipinski und Dr. Feigner wies nicht nur nach, daß die Ernennung Kölligs und Lohses völlig korrekt erfolgt ist, sondern sie konnten auch den Beweis dafür erbringen, daß der größte Teil der Beamenschaft, der sich den neuen Verhältnissen mehr und mehr anpassend bestrebt ist, mit der Demokratisierung der Verwaltung einverstanden ist, und daß die schmühige Verleumdertiquette nur von einer kleinen Gruppe höherer Beamten unterstützt wird, die unter Mißbrauch des in sie gesetzten Vertrauens die Geschäfte der reaktionären Parteien besorgen. Genosse Liebmann rief den Rednern der Rechten die heuchlerische Maske vom Gesicht und zeigte die wahre Absicht der Gegenrevolutionäre, mit Hilfe der künstlich aufgewussten Beamten auf den Sturz der sozialistischen Regierung und die Beseitigung der Republik hinzuwirken. Das wurde dann sofort auch durch einen bürgerlichen Redner bekämpft: durch Herrn Erbele, der die Minister in der unflätigsten Weise anpöbelte und als „Leute“ benannte, „die nicht arbeiten können“, durch den deutschen Volksparteiler Dr. Herrmann, der meinte, es genüge, wenn der Beamte seinen Eid geleistet habe (zu halten braucht er ihn nach Herrn Herrmann nicht), und schließlich durch Herrn Börner, der mit der verletzten Aufforderung an die deutschnationalen Nordhandlender erwiderte, daß wenn Köllig nicht wieder von seinem Posten entfernt werde, Lipinski befehligt werden müsse. Auch der Reichssozialist Weiske ging der Reaktion scharf zu Leibe und erteilte damit dem deutschnationalen Dr. Wagner eine Absage, der seinen großen Zitätenlatz geöffnet hatte, um die Umtriebe der Unabhängigen zu offenbaren und durch ein überaus schmeichliches Lob für die einseitigen rechtssozialistischen Führer Gradmann und Roste die Klüfte zwischen den sozialistischen Parteien aufzuweisen.

Das Entzückende an der ganzen Aussprache war, daß sowohl bei den Linkspartheyen, als auch bei der Regierung der selbe Wille zum Ausdruck kam, nun erst recht und mit aller Energie das zu tun, was zur Erhaltung und Förderung der Republik und der revolutionären Erzeugnisse notwendig ist. Die Beamten können aus den heutigen Verhandlungen sehen, wie hohen Wert die Regierung auf die Beamtenhaft legt und wie rücksichtlos sie ihre Tätigkeit anordnet, wenn sie, unbeschadet ihrer politischen Auffassung, ihr Amt im Dienste der Allgemeinheit liest und so das Vertrauen rechtfertigt, aus dem sie auf verantwortungsvollen Posten berufen wurde. Es geht aber keinesfalls an, daß sich die Beamten als besondere Klasse fühlen, die der Bevölkerung einen bestimmten Willen aufzwingen. Sie haben sich dem Volksganzen einzuordnen und in ihrer amtlichen Tätigkeit den Anforderungen der neuen Zeit anzupassen. Tun sie das, so werden ihre Rechte und Freiheiten gerade unter einer sozialistischen Regierung den stärksten Schutz finden. Wollen sie das aber nicht, dann haben sich die einzelnen ganz allein die Folgen ihres unverantwortlichen Treibens zuzuschreiben. Jedenfalls haben die heutigen Debatten sehr viel zur Klärung beigetragen.

Neueinstellungen bei der Landespolizei.

Bei der Landespolizei macht sich die Neueinstellung einer größeren Zahl von Hilfswachmännern erforderlich. Für geeignete Leute bietet sich dadurch die Möglichkeit einer auskömmlichen Anstellung. Sie werden zunächst einige Monate polizeiselmäßig ausgebildet werden. Es wurde um Anstellung sind bei der Landespolizeiverwaltung Dresden, Abteilung C, einzutreten und am Kopf mit dem Schwört „Polizeischule“ zu versehen. Beizulegen sind Schul-, Fach- oder Fortbildungsgeldzeugnisse und ein Lebenslauf, aus dem der Name, Geburtsort, -jahr und -ort, Zivilberuf, Größe und Staatsangehörigkeit hervorgeht, in dem ferner die Orte angegeben werden, wo der Gesuchsteller zur Zeit wohnt oder sich längere Zeit aufhalten hat, sowie Ort und bei welchem Truppenteil er gedient hat. Bedingungen für die Anstellung sind: Körperliche und geistige Eignung für den Polizeiberuf, Lebensalter 19—20 Jahre, Größe mindestens 1,68 Meter, sowie daß der Anzustellende unbestraft und ledig ist. Eine wissenschaftliche Ausbildung ist jedoch nicht erforderlich.

Kleine Chronik.

Konjerte. Im zweiten Brahms-Klavieraabend erwies sich Herr Walter Rehberg als vollkommener Brahms-Interpret. Er gestaltete die Fis-Moll-Sonate op. 2 zu einem hohen Lied der Freude. Schon den ersten Satz „Allegra non troppo, ma energico“ spielte er mit voller Wucht an, er verstand, dem Ganzen ein leichtes Gepräge zu geben. Der zweite Satz „Andante con espressione“ war zart und doch von sprühendem Leben durchglüht und das „Scherzo“ sang zauberhaft und leicht. Das Finale aber brachte er in verzehrenden Stimmungen zu einer Höhe, wie es sich wohl ein Brahms nicht besser hätte wünschen können. — In Fräulein Else Martin haben wir eine junge Sängerin kennen gelernt, die über einen ausgiebigen Sopran wie guten Vortrag verfügt. Wenn es ihr noch gelingen sollte, ihre Stimmregister enger ineinander zu verbinden und auf bessere Vokalbildung zu achten, so kann sie als Konzertsängerin eine gute Zukunft haben. Von den geistlichen Liedern von Hugo Wolf sang sie „Die ihr Schwebet um diese Palmen“ leicht und tief durchdrungen, von den weltlichen Liedern brachte sie „Frühling übers Jahr“ mit Schmeid und Temperament zu Gehör und „Mignon“ mit warmer Empfindung. In den Liedern von Joseph Murga gelangen ihr am besten „Warnung“ und „hat dich die Liebe beirührt“. In Herrn Otto Westmann fand Fräulein Martin einen guten Kameraden, der sie nicht nur unterstützte, sondern der auch mit fast alle poetischer Schönheiten zu geben.

Vormittags-Symphonie-Konzert des Grotian-Steinweg-Orchesters. Beethoven gewidmet. Es war von großem Interesse, das Orchester unter einer andern Leitung als unter Echerchens zu hören. Man muß sagen, daß es sich auch unter der Leitung von Prof. Paul Graener gut bewährte und daß es auf alle Intentionen des Kapellmeisters einging. Freilich verfehlt ein solch energischer Erzieher wie Herrmann Echerchens ganz anders mit dem Orchester zu arbeiten und daher ist zu raten, möglichst in den Entwicklungsjahren ein und dieselbe Leitung zu belassen. Mit der Auffassung der Beethovenschen Werke durch Prof. Graener konnte man nicht

immer einverstanden sein; ab und zu fehlte die großartige Linie und man konnte nicht recht warm werden. Die Duvetiere zu „König Stephan“ op. 117 konnte klarer sein und mit größerer Wucht angefaßt werden. In der 4. Dur-Symphonie Nr. 7 schäme man im ersten Satz die leichtesten Tanzformen nicht mardonig genug heraus, auch im zweiten Satz konnten die beiden Themenhaltungen sich besser voneinander abheben. Sehr gut und frisch war das Scherzo wie der letzte Allegro con Brío-Satz, hier kam Herr Prof. Graener in sein richtiges, lebendiges Element. Walter Rehberg hat mich mit dem Es-Dur-Klavierkonzert von Beethoven ein wenig enttäuscht, der junge Trautson ging manchmal durch, als ob er den Klavier romantischen wollte. Doch die Hoffnung habe ich, daß diese Sturm- und Drangzeit bald vorüber gehen wird; in diesem jungen Künstler steckt noch eine große Zukunft.

Russischer Nachmittags (Proletarische) Triebüne. Rezitationen aus der russischen Literatur werden so häufig geboten und meist so unzulänglich und verzerrt, daß man die geistige Verunstaltung der Proletarischen Triebüne in der Alten Handelsbüchse in ihrer wirklich gelungenen Darbietung nur begrüssen kann. Karl Kuusik Witzfol sprach einleitende Worte; er suchte das Verständnis für die russischen Dichtungen, getreu der historisch-materialistischen Auffassung zu erklären aus dem russischen Milieu, vornehmlich durch eine Schilderung der Landschaft und der trostlosen wirtschaftlichen Lage der Kleinbauern. Leider vernahm man in seiner Sprache die ihm sonst eigene Gestaltungskraft und Belebung des Stoffes, scheinbar ist er nicht besonders disponiert gewesen. Reichlich vom städtischen Schauspiel las dann aus Tolstoi „Das Licht leuchtet in der Finsternis“, Gorki (Die Mutter), Dostojewski (Aus Moskinitow). Man hatte Wert darauf gesetzt, den Unterschied zwischen vorrevolutionärer Dichtung, die zum Charakteristimum die Realisation hat, und die spätere, die laut Manne neben die Gesellschaft erhebt, zu konstruieren und zweifellos ist das auch gelungen. Witzfol sprach verbindenden Text und Musikstücke, recht geschickt ausgewählt, vorgetragen durch Cello und Fagott, umrahmten das Ganze.
K. W. Sch.

(Fortsetzung folgt.)

Noch ein Dresdner Sportkornern aufzulegen.

TU Dresden, 5. Oktober. Die hiesige Krim- und Sportkornerei hat den Mitteldeutschen Sportkongress in der Kantine der Stadtverwaltung abgehalten. Die Einzahlungen liefen sich auf etwa 7 Millionen M. belaufen. Wieviel Aktien vorhanden, ließ sich noch nicht genau feststellen. Der Inhaber des Konzerns, der Kaufmann Blum, ist flüchtig. Dagegen wurde seine Frau und seine Generalvertreter Wörble und Reinhardt vorläufig in Haft genommen.

Herbst-Tagung des Hansa-Bundes in Sachsen.

Am 6. Oktober hält die Ortsgruppe Leipzig des Hansa-Bundes ihre erste Herbst-Vorstandssitzung ab. In der insbesondere die Frage der sächsischen Gemeindefragen behandelt werden wird. Der Vorstand des Landesverbandes Sachsen des Hansa-Bundes tagt am 11. Oktober unter Beteiligung von Vertretern der Bundeszentrale Berlin in Dresden. Auch dort wird die Frage der sächsischen Gemeindefragen behandelt.

Chemnitz. Die Stadtverordneten beschlossen, eine Neuordnung der Vergütungs- und Kartenerhebung sowie eine Erhöhung der Gebühren für Friedhöfe und Feuerbestattung. Für die Verunglückten von Oppau wurden 30 000 Mark bewilligt.

Blauen. Die Stadtverordneten lehnten die Miet- und Pachtwertsteuer für alle nicht durch die Gewerbesteuer getroffenen Räume und Grundstücke auf 6 v. H. des jährlichen Miet- und Pachtwertes fest.

Adorf. Die Eröffnung der hier geplanten landwirtschaftlichen Schule kann wegen zu geringer Anmeldung von Teilnehmern dieses Jahr noch nicht erfolgen.

Geinitzschau. Nachts geriet auf noch unaufgeklärte Weise der Holzschlag einer in der Nähe des hiesigen Bahnhofs gelegenen Eisenbahnunterführung in Brand. Der Zugverkehr wurde für einige Zeit unterbrochen. Der Brand war von einem Streckenwärter rechtzeitig bemerkt worden, so daß weiteres Unglück verhütet wurde.

Oberlungwitz. Die kostenlose Totenbestattung führte am 1. Oktober unsere Gemeinde ein. Man schätzt die jährliche Ausgabe auf 100 000 M. Zur Deckung soll eine Beerdigungssteuer eingeführt werden.

Kongress des Ifa-Bundes.

(Sonntagvormittagsitzung.)

In der Tagung am 2. Oktober hatte Professor Dr. Einzelmeier ausgeführt, im Arbeitsrecht müsse zum Ausdruck kommen, daß der Mensch nicht ein Mittel zum Zweck der Wirtschaft sei, sondern die Wirtschaft den Menschen dienen müsse. Das materielle Arbeitsrecht müsse grundsätzlich für alle Arbeitnehmer gleich sein, soweit nicht sachliche, innere Gründe eine Abweichung in Einzelheiten notwendig machen. Redner verlangte auch eine Vereinfachung der Arbeitsgerichtsbarkeit (Schlichtungsausschüsse, Arbeitsvermittlungämter, Arbeitsgerichte usw.), weil es erforderlich sei, den dazu erforderlichen Verwaltungsapparat gleichmäßig mit sozialer Geist zu erfüllen. Arbeitsgerichte seien für alle Arbeitnehmer notwendig, weil das Recht ohne einen entsprechenden Rechtsweg nichts nütze. Einzelmeier behandelte sodann die Frage, ob es zweckmäßig sei, daß neben der staatlichen Gesetzgebung, die durch zwingende Vorschriften die grundlegenden Bestimmungen des Arbeitsrechts zu regeln habe, nicht die Ausführungsbestimmungen, die heute durch vielerlei Verwaltungsbehörden erlassen werden, den zu schaffenden Betriebswirtschaftsämtern übertragen werden. Diese paritätischen Räte könnten der weiteren Ausgestaltung des sozialen Rechts vorarbeiten.

Wir betonen die unbedingte Pflicht zur Arbeit; wir verlangen aber auch, daß nicht Raubbau an der Arbeitskraft getrieben werde, daß die Arbeit keine Last für den Menschen sei, sondern ihm zur freudvollen Beschäftigung diene. Einzelmeier wendet sich dann gegen den Gedanken der sogenannten Gewinnbeteiligung, gegen die Kleinaktie. Diese Vorschläge seien nichts weiter als Bestechungsversuche gegen die Arbeitnehmer. Gewinnbeteiligung und Kleinaktie würden den sozialen Geist töten. Wir wollen nicht den Egoismus der einzelnen Arbeitnehmerschaften fördern, sondern ihnen klarmachen, daß es gilt, die gesamte Wirtschaft unter den Willen der gesamten Arbeiterschaft zu stellen, die gesamte Wirtschaft planmäßig zu organisieren.

An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Debatte, an der sich Müller (D. W. B.), Schweiger (Vniab), Schröder (A. D. W.), Rißler (Vniab) (Vniab) usw. beteiligten. Die vorliegende Schlichtungsordnung wurde als ein Entwurf bezeichnet, der den Anforderungen nicht genüge, die Dr. Einzelmeier gestellt habe. Es wurde auch ausgesprochen, daß die Gesetzgebung unbedingt ein Mindestmaß von Arbeiterschutz festlegen müsse. Es könne nicht angedacht werden, daß man den Arbeiterschutz nach und nach die jeweiligen Machtverhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter stelle. Das würde sonst bei einer rückläufigen Konjunktur den Arbeitnehmern zum Schaden gereichen.

Mit einem Schlußwort des Referenten war dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Ein Beschluß dazu wurde nicht gefaßt.

(Montagvormittagsitzung.)

Sich begründet den vorliegenden Satzungsentwurf für den Ifa-Bund, sowie den Kartellvertrag mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, durch den ein gemeinsames Zusammenarbeiten gewährleistet ist. Diese Vorschläge wurden unter förmlichem Beifall einstimmig angenommen. Ebenso wurden folgende „Freigewerkschaftliche Grundsätze“ einstimmig angenommen:

Die auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhende kapitalistische Wirtschaft mit ihrer Entwicklung zum Großbetrieb und ihrer immer weiter getriebenen Arbeitsteilung hat ein Heer von Angestellten geschaffen, die ebenso wie die Arbeiter Teil ihres Lebens darauf angewiesen sind, als besitzlose Arbeitnehmer ihren Unterhalt zu erwerben.

Um ihre wirtschaftliche und soziale Lage zu heben und ihre Rechte gegenüber dem Unternehmertum zu wahren, sind auch die Angestellten gezwungen, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. Parteipolitische und religiöse Überzeugung darf hierbei kein Hindernisgrund für die gemeinsame Arbeit sein.

Die wirtschaftliche Hebermacht der Unternehmer zwingt die Angestellten zum gemeinsamen Kampf um:

1. die Steigerung ihres Anteils am Produktionsertrage,
2. die Eringung günstigerer und die Abwehr schlechterer Arbeitsbedingungen,
3. die rechtliche Sicherung des arbeitenden Menschen vor den schädigenden Wirkungen der kapitalistischen Lohnarbeit.

III.

- Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern:
1. die rückhaltlose Anerkennung des Vorrangs des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes,
 2. die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten der Gesamtheit,
 3. die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung,
 4. die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung,
 5. die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses.

Sie erblicken deshalb im wirtschaftlichen Sozialismus gegenüber der privatkapitalistischen Wirtschaft die höhere Form der volkswirtschaftlichen Organisation.

IV.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetriebe beginnend, bis in die höchsten Stufen der zentralen Wirtschaftsorganisation verwirklicht werden.

Die Betriebsräte haben im Einverständnis mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen. Aufgabe der freien Angestellten-Gewerkschaften ist es, die wirtschaftliche und soziale Bildung der Angestellten zu fördern und sie für ihre Tätigkeit in der werkschaftlichen Wirtschaft zu schulen. Der Vorstand des Ifa-Bundes wird aus den besoldeten Kollegen Aufhäuser (Vniab), Säß (A. D. W.) und Sätz (D. W. B.) sowie 4 ehrenamtlichen Vorstehern und 8 Beisitzern bestehen.

Gewerkschaftsbewegung.

Beamte und Gewerkschaften.

Am 3. Oktober 1921 tauchten im Dresdner Volkshaushaus die auf Grund eines Erlasses des Reichsverkehrsministers kürzlich gebildeten, der freien Eisenbahnerorganisation, dem Deutschen Eisenbahnerverband, angehörenden Beamtenräte im Bezirk der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden (normalerweise sächsische Staatsbahnenverwaltung) und beschäftigten sich u. a. auch mit der vom A. D. G. B. in letzter Zeit betriebenen Politik bezüglich der gewerkschaftlichen Beamtenbewegung. Die aus allen Bezirken Sachsens erschienenen, den Beurlaubungsgruppen I bis IX angehörenden Delegierten verteilten sich scharf die vom A. D. G. B. gegenüber der freien Eisenbahner-Organisation eingenommene Haltung und nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die am 3. Oktober 1921 in Dresden stattgefundenen Beamtenrätekonferenzen für den Bezirk Sachsen des Deutschen Eisenbahnerverbandes leit schärfsten Protest ein gegen die im Vorwärts vom 20. September 1921 von einem Vertreter des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes abgegebene Erklärung zur Duldung des sächsischen Parteistandes der S. V. D. Die Erklärung, angeblich im Namen des A. D. G. B., ist nicht nur irreführend, sondern verliert sogar, über nach bestehende Gewerkschaftsgrundsätze hinweg vollendete Tatsachen zu tun, in der Deutschen Beamtenbewegung zu schaffen. Nach niemals dürfte in der Deutschen Arbeiterbewegung der Fall vorgekommen sein, daß ein Führer einer Arbeiterorganisation zum Eintritt in eine gewerkschaftliche Organisation auffordert. Nachdem der Ausschuss des A. D. G. B. im Jahre 1919 die politische Taktik des Deutschen Beamtenbundes als eine Schädigung der gewerkschaftlichen Einheitsfront bezeichnet und aus diesem Grunde das Kartellverhältnis abgelehnt hat und nachdem ferner feststeht, daß diese politische Taktik unüberwindlich feststeht, verlangt die Beamtenrätekonferenz das unbedingte Festhalten an dem Beschluß des Nürnberger Gewerkschaftskongresses, der den Deutschen Eisenbahnerverband als Einheitsorganisation für Beamte und Arbeiter des Eisenbahnbetriebes anerkennt.“

Von den im Bezirk der Eisenbahngeneraldirektion Dresden vorhandenen 40 435 Wahlberechtigten haben 37 044 ihre Stimme abgegeben. Für den Deutschen Eisenbahnerverband (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund) wurden 18 325, für die Reichsgewerkschaft der Beamten (Deutscher Beamtenbund) 12 437 und für die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (Deutscher Gewerkschaftsbund) 6282 Stimmen abgegeben. Somit haben die ebenfalls sächsischen Eisenbahnbeamten sich in überwiegender Mehrheit zur modernen freien Arbeiterbewegung bekannt und bringen hierdurch zum Ausdruck, daß sie nicht gewillt sind, sich von einzelnen Führern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in eine reaktionäre Gewerkschaft, wie den Deutschen Beamtenbund, zurückzuziehen zu lassen, sondern sie werden von dem Lande aus, wo neben der politischen, auch die Wiene der modernen freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gefanden hat, mit aller Kraft und Entschlossenheit unter den Eisenbahnbeamten der übrigen Bezirke Deutschlands die moderne freie Gewerkschaftsbewegung verbreiten und festigen.

Drohende Differenzen im Baugewerbe.

Die wirtschaftliche Lage der Bauverordlichen Arbeiter hat sich derart verschlechtert, daß die Berufssozialen gezwungen sind, zu verlangen, ihre Lebenslage durch Lohnforderungen zu verbessern. Am 1. September 1921 trat am Baugewerbe eine Lohn-erhöhung ein. Diese betraf aber nicht, deshalb sprach sich ein großer Teil der Bauarbeiter und Zimmerer gegen die Annahme dieses Lohnabkommens aus.

Da diese Entgegengerichtungen von den Unternehmern abgelehnt wurde, ist es zu verstehen, daß die Zimmerer auf einzelnen Arbeitstagen die Arbeit einstellen. Ein großer Teil der Kameraden, vor allen Dingen die Lehrlinge, werden den Leipziger Laub abschütteln und in den Bezirken und Städten, wo bessere Lebensverhältnisse bestehen, in Arbeit treten.

Soweit uns mitgeteilt wurde, haben die Zimmerer bei der Firma Tändler Kauf, Inhaber Brödel, bei Jurlich, Gohlis, Heerde, Wartmann, Meiser u. Kohlwagen, Martrankhördt, die Arbeit eingestellt. Auf dem Markt, beim Abbruch der Wohnhöfe, sollen bei der Firma Bruno Freitag, C. S. Fride und Brauer u. Berkis ebenfalls Differenzen wegen Verweigerung einer Dreifachlöhne ausgebrochen sein.

Nicht an den Zimmerern und Bauarbeitern liegt es, wenn das Wirtschaftsleben im Baugewerbe gestört wird. Das halbjährliche Gehalt der Unternehmer ist die Ursache. In anderen Gegenden werden viel höhere Löhne bezahlt, wie in Leipzig. So in Chemnitz, wo ein Stundenlohn von 2.05 M. bezahlt wird. Aue I. Erzechirne mit 1.90 M. usw. Im ganzen Bezirk Chemnitz werden höhere Stundenlöhne wie in den Großstädten Leipzig und Dresden gezahlt. Damit ist der Beweis erbracht, daß es nur am guten Willen und der Einsicht der Unternehmer liegt, daß hier so schlechte Löhne gezahlt werden. An alle Bauarbeiter wird der Appell gerichtet, sich nicht mit radikalen Methoden, wie es der Bauarbeiter Radl in der letzten Mitgliedereversammlung der Bauarbeiter so schön fertig brachte, zu betraufen, sondern zu handeln und durch Solidarität zu beweisen, daß die Bauarbeiterchaft erwillt ist, durch Kampf zu erreichen, was ihr vorenthalten wird.

Ein lebenswilderiger Leipziger Buchbindermeister.

Herr Apfisch, Inhaber der Firma Kost, Sens, und Ko., Leipzig-N., Frommannstraße 4, gehört zu den Unternehmern, denen jedes soziale Verständnis abgeht. Geradezu brutal wirkt sein Vorgehen gegen einen jetzt ausgeleiteten Lehrling. Der junge Mann hatte das Unglück, seinen Vater durch den Krieg zu verlieren. In der letzten Not wandte sich die Mutter des Lehrlings einige Male an diesen Unternehmer mit der Bitte um ein Darlehen. Nicht nur, daß der Unternehmer dem Lehrling von seinem fargen Koffgeid nach und nach einen Teil des Darlehens abgab, sondern der Unternehmer warf den Lehrling nach Beendigung seiner Lehrzeit sofort auf die Straße. 3 1/2 Jahre Ausbeutung der jungen Kraft, dann arbeitslos. Wie hoch es einst? Der Dank des Vaterslands ist auch gewiß! Folgendes Entlassungszeugnis paßt darauf, wie die Faust aufs Auge:

„An Frau A. verw. B. Von den Ihnen verschiedentlich gewährten Darlehen haben Sie das letzte mit 250 M. am 9. April a. e. empfangen, wovon durch Rückzug des Lohnes Ihres Sohnes 141 Mark zurückgezahlt wurden. Da wir nun aber Ihren Sohn wegen seines fortgeschrittenen und noch in den letzten Tagen erfolgten unartigen Benehmens heute entlassen, ersuchen wir Sie, uns den uns noch ausstehenden Restbetrag von 109 Mark, wofür Sie uns Ihre sämtlichen Möbel verpfändeten, bis zum 5. Oktober a. e. an uns abzuliefern.“

Hochachtungsvoll

Kost, Sens und Ko.“

Neber das unartige Benehmen ist die Belegschaft anderer Auffassung. Wir empfehlen den Eltern, ihre schulentlassenen Söhne in dieses Eldorado nicht in die Lehre zu schicken.

Landeskonferenz der im Gesundheitswesen tätigen Arbeiter.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Leipzig, teilt uns mit:

Am Sonntag, dem 9. Oktober, findet in Leipzig eine Landeskonferenz für die im Gesundheitswesen tätigen Arbeitnehmer, soweit sie der Reichsfektion Gesundheitswesen unseres Verbandes angehören, statt. Die Tagesordnung wird sich mit den für dieses Personal wichtigen Fragen — Ausbildungs- und Prüfungsbedingungen, Arbeitslohn usw. — befassen.

Die Tagung beginnt um 10 Uhr vormittags, Tagungsort: Volkshaus, Gesellschaftsraum.

Beendigung des Bremer Werftarbeiterstreiks

In einer stark besuchten Versammlung der Arbeiter der A.-G. Mejer wurde gestern mit großer Mehrheit die Beendigung des seit sieben Wochen dauernden Streiks beschloffen. Die Verhandlungen mit Vertretern der Werftdirektion begannen gestern vormittag.

Keine Einigung bei den Häßler Nachwerken.

Das Ergebnis der am Montag stattgefundenen Abstimmung der Belegschaft der Häßlerwerke über die Vereinbarungen der Gewerkschaftsvertreter mit dem Arbeitgeberverband der sächsischen Industrie wurde heute bekannt gegeben. Danach haben 5399 Arbeiter mit nein, 618 mit ja gestimmt. Die Verhandlungen können also als abgelehnt gelten. Etwa 60 Prozent der Belegschaft haben an der Abstimmung teilgenommen.

Landeskonferenz des deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Die am 2. Oktober 1921 in Dresden-Saundahof tagende Landeskonferenz für Landarbeiter des Deutschen Landarbeiterverbandes im Freistaat Sachsen nahm den Bericht über den bisherigen Verlauf der angedauerten Verhandlungen zwecks Abschluß einer Teuerungsanleihe entgegen. Der Bericht löste eine heftige Diskussion aus, in der das Verhalten der Arbeitgeber einer scharfen Kritik unterworfen wurde. Ein Teil Delegierter unterbreitete die Ergebnisse der Enterteiträge auf verchiedenen Gütern, um an Hand der Tatsachen nachzuweisen, daß die Arbeiter sehr wohl in der Lage sind, den Forderungen der Landarbeiter zu entsprechen. Die nachstehende Resolution fand einstimmig Annahme:

„Die am 2. Oktober 1921 in Dresden versammelten Delegierten der Ortsgruppen des Deutschen Landarbeiterverbandes im Freistaat Sachsen weisen mit Entrüstung die Behauptung der Arbeitgeber zurück, nach welcher die Teuerung die Landarbeiter nicht noch nicht trifft. Die mangelhaft gelieferten Deputate und Selbstverleugerationen in einzelnen Bezirken und der Kauf der übrigen Lebensmittel sowie der Kleidungsstücke und Teuerung rechtfertigt schon die Forderung einer Teuerungsanleihe. Die Delegierten fordern im Namen ihrer Auftraggeber von der Verbandsleitung, kein Mittel unversucht zu lassen, um den dringenden notwendigen Ausgleich in Gestalt einer Teuerungsanleihe entsprechende Zulage zum Lohn zu erreichen. Die Delegierten brechen im Namen ihrer Auftraggeber der Verbandsleitung ihr volles Vertrauen aus und verpflichten, sich hinter die Maßnahmen der Verbandsleitung zu stellen.“

Der Berliner Kassenstreik geht weiter. Die Unternehmer wollen erst dann in Verhandlung eintrreten, wenn die Streikenden die Arbeitswilligen nicht mehr beschäftigen.

Die Braunschweiger Transportarbeiter sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Der Streit in Nordfrankreich. Nach einer Meldung des Petit Parisien aus Lille soll die Arbeitgeber am 4. Oktober einer gemäßigten Versammlung beizutreten. Sie haben jedoch von den Gewerkschaftsführern verlangt, daß vorher durch ein Referendum die Absichten der streikenden Arbeiter festgestellt werden. Die Streikenden haben diesen Vorschlag zurückgewiesen. Nach einer Meldung des Matin soll jedoch vorgestern der Gewerkschaftsführer Demoulin in einer Versammlung in Nonchal von einer Entspannung gesprochen haben. Tatsächlich ist auch der Vorhänge der industriellen Vereinigung, Ribaux, nach Paris abgereist.

Gerichtssaal.

Schöffengericht.

Brosch P'Sermet — Aber.

Einem zwar interessanten, aber nicht gerade erfreulichen Einblick in das Intricawesen Leipziger Musikerkreise bot ein Belegungsprotokoll, der sich vor dem Schöffengericht abspielte.

Herr Kapellmeister P'Sermet, der Leiter des Philharmonischen Orchesters, hatte gegen Herrn Dr. Aber, den Musikkritiker der Neuesten Nachrichten, Klage erhoben, weil dieser Anfang Dezember 1920 in der in Hamburg erscheinenden „Musikwelt“ in einer Monatsübersicht über das Leipziger Musikleben folgenden Satz geschrieben hatte: „Scherchen hat schnell Hans P'Sermet, einen guten Dirigenten für Unterhaltungsmusik leidet der Art, der eine Zeitlang eine Gefahr für das Leipziger Musikleben zu werden drohte, in den Hintergrund gedrängt.“

Dr. Aber sollte in seiner Verteidigung die ganze Parochie des Leipziger Philharmonischen Orchesters aufstellen. P'Sermet als unzufrieden hin, Symphoniekonzerte zu dirigieren und warf ihm vor, den Kapellmeister Scherchen dadurch verlorndet zu haben, daß er ihn wider besseres Wissen als Kommunist und rufführender Juden bezeichnet. Er habe durch seine Behauptung, sein Orchester Scherchen zu mehr als zwei Symphoniekonzerten zur Verfügung zu stellen, die Gefahr heraufbeschworen, daß außer ihm kein anderer Dirigent in Leipzig Symphoniekonzerte würde leiten können.

P'Sermet behauptete, daß Aber ihn durch seine Behauptungen in seiner Ehre gekränkt und wirtschaftlich zu schädigen gesucht habe. Er wies nach, daß die Leipziger Presse und Dr. Aber selbst anläuzende Kritiken über ihn gebracht haben.

Das Schöffengericht sprach Dr. Aber frei und lenkte P'Sermet die gesamten Kosten auf. Die Begründung des Urteils erkennt an, daß dem Privatkläger die behaupteten Vorwürfe tatsächlich gemacht wurden. Die Kritik hebe in Abderoruch mit den früheren Beisprechungen Dr. Abers. Es sei kein Anhalt dafür da, daß die übrige Gabelkritik der gleichen Meinung sei. Im Gegenteil stehe Dr. Aber mit einer einzigen Stellung allein da. Es sei möglich, daß er nicht allein die Absicht zu kritisieren, sondern daß er auch andere Motive anzuweisen Scherchens habe. Er habe aber das Recht, sich als Kritiker im Zusammenhang mit einer Beisprechung Scherchens über die Qualifikationen P'Sermets abstimmen auszusprechen. Es hebe sich, daß P'Sermet Scherchen wegen seiner politischen Gesinnung angegriffen habe. Unwiderrlegt sei, daß kein Mitglied des Vorstandes sich für die Wahl P'Sermets einsetzte und daß P'Sermet von erstmaliger Zulassung später gegen die Zulassung von fünf Konzerten an Scherchen gewehrt habe. Es lag also Unias für Dr. Aber vor, nunmehr sich eine andere Meinung über ihn zu bilden, als er vorher in seiner Zeitung vertreten habe. Der Vorwurf, daß Dr. Aber ein Denkmaler sei über die Absicht gehabt habe, P'Sermet gans auszulichten, sei nicht erwiesen. Beide Parteien machten sich zwar den Vorwurf, gegeneinander zu intrigieren, das Gericht habe aber nicht die volle Überzeugung gewonnen, daß Dr. Aber aus nicht sachlichen Gründen P'Sermet habe derabreitet und entfernen wollen. Es liege nicht zu der Überzeugung gelangt, daß die Absicht der Beleidigung vorliege.

Das Urteil schlenen beide Parteien recht wenig zu begehnen. Zur Erhöhung ihres Ansehens trug der Prozeß ebenfalls nicht bei.

Berjamlungskalender.

Mittwoch, den 5. Oktober:
Turnverein Eide, Volkshaus, 7 1/2 Uhr.
HSPD., Leipzig, Schwarzer Jäger, 7 1/2 Uhr.
Galer, Volkshaus, 7 Uhr.
Reichsbund der Kriegesoberschützten usw., Wiltgertarten, Klein-
schloher Reglerheim und Veteranenhalle.
Steinbover, Volkshaus, 7 Uhr.

Donnerstag, den 6. Oktober:
Reichsbund der Kriegesoberschützten, Schillerstraße, Drei Mohren.
HSP, Böhmisch-Ehrenb., Frauenvereinigung, Große Eide, 7 1/2 Uhr.
HSP, Mit-Verein, Westen II, Restaurant zum Rosental, 7 1/2 Uhr.
Stuttgarter und Waber, Volkshaus, 7 1/2 Uhr.

Briefkasten der Redaktion.

Zwanzigjähriger Abonent, Panasodt. Die Kinder sind geschäftlich verpflichtet, ihre erwerbsfähigen, bedürftigen Eltern zu unterstützen, soweit sie dazu in der Lage sind. Sind dazu die Kinder nicht imstande oder reicht die Unterstützung nicht aus, so muß die Gemeinde in Anspruch genommen werden, und sie muß auch ihre bedürftigen Gemeindeglieder unterstützen.

S. K. Zehn Prozent von 450 M. Monatsgeholt sind 45 M. Davon gehen ab für Eke 10 M., für Werbungskosten 25 M., macht zusammen 45 M., so daß Sie von der Steuer befreit sind. Vom 1. November ab sind aber nur 15 M. als Werbungskosten einzuzählen, so daß dann 20 M. monatlich als Steuer in Anspruch kommen.

Arbeitsmarkt

Berfekte Oberhemden - Näherinnen
bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung
(auch Heimarbeit) ebenso 2-3 Kindernachschichtinnen
entl. Lernende, haben per bald oder später
Fischer & Co., Wäschefabrik, Schützenstr. 8

Maurer u. Zimmerer ges.
Baumstr. Schlosser, Zwenfurth

Maurer
für innere Stadt stellt ein
Koumann, So., Poetenweg 11.

Maurer
stellen wir ein auf unseren
Baustellen an der
Biederstraße
Eisenbahnstraße
Tabakmühle
in Marienbrunn
und in der
Siedlung L.-Hofbau
Städtischer Wohnungsbau.

Tüchtige Möbeltischler
für dauernde Beschäftigung
neben hohem Lohn per so-
fort gesucht
Möbelfabrik S. & W. Zötten
G. m. b. H.
Mühlheim-Ruhr.

Tüchtige Formner
für Möbelbeschläge u. Kern-
schliffarbeiten suchen
E. Herzog & Co.
Helfte Ludenwälder
Bronzewarenfabrik
Luckenwalde.

Rauchwaren-Zurichter
auf Entfleischmaschine auf
eingesetzt, erhält dauernde
Stellung.

Adolf Heim, Brieg Bezirk
Brosrau
Suche sofort für meine
Automob.-Wagenlackiererei
u. Poliererei einen
tüchtigen, selbständ.
arbeitenden Gehilfen
der die Arbeiten für vor-
stehende Arten (wenn eben
möglich auch Poliererei) voll-
ständig beherrscht. Nur solche
Kräfte wollen, bei gutem Lohn
und Provision ihre Offerte
einleiden, an **Haus, Brahm,**
Berl. i. Westl., Tel. 374,
N.B. Gut, Kost- u. Logierhaus
wird nachgewiesen.

Mädchen oder Frau
zu leichter Arbeit gesucht.
Rohrrod, Bamberger Str. 42.
Aufwartung für vormittags
gesucht Ellenstr. 58, I. 115.
Jung. Aufwarter, Woche 15-16
gesucht Dörrienstr. 14, III. r.

Berkaufe

Brennholz Trod. Kleinen-
Hauspaine, Str.
17 Wf. Solaplak Zabnitz 84.

Billigste Bezugsquelle!
Herrenstiefel 135.-
Damenschuhe 75.-
Kinderstiefel 55.-
Lehmann Dres. n. 69
Straße

Habe
neu und getragen
Anzüge
à 180.- Mark

Hosen
à 40.- Mark

Ulster
à 65.- Mark

nur aus prima Stoffen
Gummimäntel
Joppen.....
Schuhe usw.

Kanner
Eisenbahnstraße 5.

Anzüge
Schlüpfer
Paletots
Cutaways
Gohrockanzüge
gehell, bar und auf
Teilzahlung
Johannisplatz 8
(hinter der Kirche)
und Demmering-
straße 72, II. kcs.

100 Paletots
und Winter-Heberleber von
Derrichten, wenig getragen,
Friedensstoffe, billig, Getz,
S.-Garderobe, Mil.-Mäntel,
Blusen, -Hosen, Arbeitssack,
Kantische Gasse 6, Laden. I.

Militär- u. Winter-Mantel,
neu, v. Co., Südstr. 17, a. I.
Winter-Paletot, sehr gut,
250,-, a. perf. Grenstr. 35, III. r.

Spotbillig!
Getragene und neue
Anzüge
Hosen
Militär-
getreifte
schwarze
Arbeiter-
nur prima Qualitäten u.
a. sämtliche Schuhwaren
kaufen Sie wie altbe-
kannt beim billigen
Kanner

nur Eisenbahnstr. 5.
Keine Filialen.

Riesenauswahl
neu und getragen*

Ulster
Paletots
Anzüge
Hosen

Gumm- und Loden-
Mäntel / Militär-Man-
chest- Winterjoppen
Aeußerst preiswert

Wadewitz
Windmühlenstr. 33, I.
kein Laden, nur I. Etg.

! Von Herrschaften!
wenig getr. Herren- u. Damen-
Garderobe, Kostüme, Kleider,
Mäntel, Röcke, Blusen, Schuhe,
Bettwäsche zu billigen Preisen
Hankstädter Steinweg 26, I. I.

Schlüpfer
auf Teilzahlung
Königsplatz 7
S. OSSWALD

Mehrere schöne
Anzüge, Schlüpfer, Cutaway,
Gehrock-Anzug, Paletot sehr
billig Range Straße 10, I.

HOSEN
feldgrau ab 75.-
Blau, ab 85.-
getreift ab 70.-
dunkelblau ab 95.-
Mantel, ab 125.-
Mil.-Mantel, Loden-
u. Winterjoppen, Anzüge,
Ulster, Schlüpfer, Loden-
u. Gummimantel, große
Auswahl, billige Preise
Bamberger Straße 24
WADEWITZ

Getz, Anna u. Winterüber-
g., v. H. Hallische Str. 14, I. r.

Handler
kaufen am billigsten
Hosen
aller Art bei
Laub, Humboldtstr. 7.

Damen-Hüte
Sonder-Angebot
nur neueste Formen
Gelegenheitsstoffen
nur lowest Vorrat auf
spotbilligen Preisen
Bansch
Bamberger Straße 133, I. r.

WAHREN
Sie kaufen
Bett- und Leibwäsche,
Röcke, Blusen, Schürzen
billig bei S. Wollramm
Wahren, Hallische Str. 61, I.
Keine Ladenpreise.

Besondere Kaufgelegenheit

Bett- und Tischwäsche
Seiden- und Baumwollwaren

Sternheim, Reichsstraße 29/31
Billige Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Gelegenheitskauf!

Wir haben einen großen Posten **Kostüme** zirka 140 cm breit schwere Qualität, in verschiedenen Melangen, gut im Tragen, noch äußerst vorteilhaft hereinbekommen und stellen diese Ware zu dem billigen Preise von **39⁵⁰** Mk. per Meter zum Verkauf. Sie können Geld sparen, wenn Sie von diesem wirklichen Gelegenheitskauf Gebrauch machen

Pörsch & Kornills

Erstes Spezialhaus für Kleiderstoffe / Grimmaische Str. 2/4 (Mädler-Pass.)

W????
sahle ich keine Ladenpreise
Leusch, Hauptstr. 20, I.
Gardinen, Meter 9.75
Stores, 55.- 68.- 83.-
Bettwäsche, weiß u. bnt. 130.-
Sandlucher 7.-, Semden 27.-
Guterh. Sofa, 2 Bettst. m. W.
bill. Reher Straße 38, II. I.
Röcke, Kleider, Kom-
pl. Kappe, Kürbner Str. 11
Kompl. Röcke, 2 Bettstellen
m. Matratze billig zu verk.
Auer, Silberstr. 37, IV.
Gr. Spiegel 1, 31, m. Kom. u.
Wärmol. Pl., Birkenstr. 8, pt. r.

Billige Bezugsquelle
f. Prima-Patentmatrasen u.
solide Auflagen in id. Größe
Chalega, 250, Bett m. W.
250 Wf. Birkenstr. 10, I. I.
Gebr. u. neue Bettst. m. Matr.
Auszugstisch, Stühle, Kleider,
Schränke, Spiegel verkauft
Günther, Turnerstraße 19.
2 Bettstellen m. W., Kom-
m. u. Aufzug, Tisch, Waschtisch,
v. Pl. Kellertellerstr. 4, Reil
Reformbettstellen
u. Auflagen, beste Qualität,
dir. ab Fabrikanten besonders
billig I. Händler u. Private
Polizei G. W. u. S. Gohlis,
Springerstraße 27

Rähmash., gut nähend, vert.
Kappe Kürbner Str. 11.
2 keine Räder billig
Markt 2, IV. Etage (Tröbler)*
Fahrräder gebt. von 440 an,
Aufschlüsse von 13.50 an,
Kaufbeden von 43 Wf. an,
Zubehör i. bill. Tagespreisen
Beyer Hankstädter
Steinweg 33
5. Rad m. G., T., Freil. bill.
Tröbler, Wintergartenstr. 7, D. I.
Promenadenwa., etc. fast neu,
Klappw. m. Wd. 120, Klappst.
70, Lind. Birkenstr. 8, pt. r.
Promenadenwa., Kinderwa.
Klappwagen verkauft billig
Leusch, Weichstr. 16, I. r.

Waschwannen
kaufen Sie preiswert
Alexanderstr. 34
Geolin
besten flüssigen
Metallputz
11111 Scholz Jun. A.-G., Leipzig
Reis, Haffebündh. v. 8 Wd. a.
W. Bachh. loottb., auch neu.
Tausch, Pl., Birkenstr. 8, pt.

Außerordentlich billig und gut

kaufen Sie noch jetzt Ihre sämtlichen **Unterzeuge, Socken, Strümpfe, Handschuhe.** — Einige Beispiele meiner Preiswürdigkeit folgen:

Herren-Hemden Maco imitiert. 26.50	Herren-Socken starke Qualität 4.25
Herren-Hemden Maco imitiert. 34.50	Schweiss-Socken weiche 5.50
Maco-Hemden starkfädig 42.50	Herren-Socken sehr haltbar 7.75
Strick-Westen ab 55.00	Damen-Jacketts in allen Farben 168.50
Strick-Wolle in allen Farben 4.50	Knaben-Sweaters besonders billig
Damen-Schlupfhosen marine 14.75	Wollgemischte Hemden und Hosen

C. Theodor Müller
Inhaber Felix Müller
Windmühlenstraße 42 Petersstr. 9

Zeitungen / Bücher / Mosch
Lumpen / Neutuchabfälle / Flaschen
Kupfer / Messing / Blei / Zink / Eisen
kauft und holt ab
Steinbrecher, Lindenthaler Str. 36, Tel. 51283
Lumpen, Zeitung, Felle
Bücher, Moschpapier, Knochen, Weinflaschen,
Kupfer, Messing, Blei, Zink, Eisen usw.
kauft laufend **Robert Schöllner, Leipzig-Gohlis,**
Lolpzig-Gohlis, Craushaarstr. 5.
Hausierer gesucht.
Gesuche, Bittschriften, Reklamationen.
Abschrift von Zeugnissen, Rechtsauskunft
erteilt D. Stone, Leusch, Hauptstraße 53, I. Wf.,
Geschäftszeit von 8-4 Uhr, Sonntags von 11-1 Uhr.
Großer Vollen Bettst. m. W.
sow. Möbel id. Art, Deimal-
wage, Verb. alles gebraucht
u. billig, Denckstr. 30, Hof.

Möbel
Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen
Polsterwaren
Auf Wunsch erleichterte
Zahlungsweise.
Versand nach auswärts.
N. Fuchs
Kurprinzstr. 13, I., II.
Ecke Brüderstr.
Kf. Kochen u. Klappwa. m.
Wd. vert. Pl., Ungerstr. 1, III. r.

Kaufgeuche
Kaufe Herren-Garderobe,
Militär-Sachen, Betten,
Gehrod., Anzüge, Bett-
u. Leibw., Leibhausch.,
Militär-Stiefel und Schuhe,
Kini, Kantische Gasse 6, pt.
Straßenbahn b. Battenberg,
Sämtl. Herren-Garderobe
auch Gehrockanzug, kaufst stets
Johannisplatz 8 (ht. d. Kirche)
und Demmeringstr. 72, II. I.
Kaufe Möbel, Sofas, Matz.,
auch befest. Brüderstr. 10, I. I.

Alt. Gold u. alt. Silber
Platin, Uhren, Kotten, Ringe
kauft Max Israel, Uhrm.
Promenadenstr. 5, 2. Bad.*

Schallplatten
abgelobte und Bruch
laut u. höchsten Preisen
Sieg. Sch., Weichstr. 15
a. D. Heim, Straßenbahnstr. 8.*
Rähmaschine lacht Stüger,
Soblenstr. 1, pt. T. 10932
Rähmaschine lacht Kappe, Wiri-
berger Str. 11, T. 1321, Reil.*
Alle Rähmach., auch del., gef.
Dofmann, Kapellenstr. 9a, pt.
Alle Arten rohe u. suericht.

Felle
kauft v. Sündl. und Privat.
Hubel, Katharinenstr. 17, III.
Tel. 5119. Fahrstuhl
Felle kauft
Rosenzweig
Hallische Straße 12.
alle Art kauft
Felle Reicher,
Dainstraße 29 II. Tel. 15690,
u. Eisenbahnstr. 69 (Laden).

Bermittelte Anzeigen
Beyer
Schnitte
sind die besten!

Verkauf nach mehr als 2000
neuesten Vorbildern in der
Verkaufsstelle Neumarkt 21,
Dresden, Hof. gegenüb. Althof
Steuerbüro Graf
Grimmaischer Steinweg 14
Spreha, 3-5, Tel. 17484. I.*
Leipz. Leib-Institut für
Grad-, Gehrock-,
Smoking-Anzüge, Zylinderhüte
Belau, Alsterstraße 29 a, I.
Ede-Retterstr. im Bantgeb.*
Cutaway-, Smoking-,
Frack-, Gehrock-Anz.,
Zylinder, Klapp-Hüte
Verlethe
Windmühlenstr. 33, I.
neben Astoria-Kino.*
Wadewitz

Wohnungen
Jung. anständ. Gräulein sucht
Schlafst. od. möbl. 3im. f. iof.
Off. P. E. 100 (Hil. Obermannstr. I)
Jung. Ehepaar sucht 211 Leere
od. 1 groß. 3im. (a. oone Ofen)
um w. Zulchr. bitt. B. Fieder,
D. Städt., Launder Str. 53.
Wohnu. i. d. R.-Deine-Str. 83,
3 im., Kü. u. Zubeh. gegen
gleitmarke od. etw. Klein. in
Connexis u. tauch. gef. Näh.
Bornalide Str. 43, Kol.-Lad.
Mitt. Frau sucht II. Wohn-
i. Nordst. m. Gas aeg. St. u. K.
od. gr. St. i. Westl., mögl. bald.
Off. A. II. Wollts., Tausch, Str.

Sächsischer Landtag.

72. Sitzung. — Dienstag, den 4. Oktober.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Präsident Fräyh. von... einen Brief des Gesamtministeriums, betr. der kommunikativen Anträge...

die Neuwahlen in den Gemeinden.

Minister des Innern Lipinski begründet die Vorlage. Sie soll dazu dienen, den Wahltermin in Gemeinden, die eingemeindet werden sollen, hinauszuschieben.

Abg. Börner (Dnall.) nennt die Vorlage ein „Lex Leipzig“ Das Gesetz müsse noch sehr geprüft werden.

Abg. Köllig (D. Sp.): Das Gesetz bedeute eine Vergewaltigung der Stadt Leipzig. Der Wahltermin müsse deshalb hinausgeschoben werden...

Abg. Viehmann (UEP.): Es handelt sich hier nicht nur um Leipzig. Das Gesetz will denjenigen ihr Wahlrecht sichern, die es vor der Eingemeindung nicht ausüben könnten.

Minister des Innern Lipinski: Abg. Köllig habe von Vergewaltigung gesprochen. Nach dem Wortlaut der Vorlage können die Gemeinden selbst über die Hinausschiebung der Wahlen entscheiden.

Abg. Claus (Dem.) bezeichnet das Gesetz als Wahlmacht. Die Vorlage wird dem Rechtsauschuss überwiesen.

Minister des Innern Lipinski begründet das Gesetz über die Eingemeindung selbständiger Gutsbezirke.

nach dem es zu jeder Vereinigung von selbständigen Gutsbezirken mit Gemeinden, die nicht vom Ministerium des Innern zwangsweise verfügt wird, der allen Beteiligten nächstvorzulegenden Aufsichtsbehörde bedarf.

Die Vorlage wird nach kurzer Aussprache dem Rechtsauschuss überwiesen.

Abg. Köllig (D. Sp.) begründet seine Anfrage betr. Befehung der Stelle des

Amthauptmanns von Leipzig

(Kassel). Kassel eigne sich nicht zum Amthauptmann. Eine Amthauptmannsstelle könne nicht von einem solchen Manne aus dem Volke befehrt werden.

Abg. Seyferth (Dem.) begründet eine Anfrage zur gleichen Angelegenheit. Von dem Beamten habe man vor allem zu erwarten, daß er verfassungstreu sei.

Abg. Börner (Dnall.) begründet eine dritte Anfrage hierzu Seine Ausführungen sind sehr langsam und erzeugen stellenweise große Heiterkeit.

Minister des Innern Lipinski: Den Beamten kann nicht das Recht gegeben werden, darüber zu entscheiden, wer an verantwortlicher Stelle kommt.

Bei einer Reihe von Beamten besteht nicht der Wille, sich den neuen Verhältnissen zu fügen. Wer den Beamtenapparat verfolgt, wird wissen, wie von Seiten der Beamenschaft

Sabotage gegen die Regierung

getrieben wird. (Abg. Herrmann macht fortwährend Zwischenrufe. Minister Lipinski erwähnt, es sei bezeichnend, daß ein Abgeordneter, der Beamter ist, den Minister lächerlich zu machen suche.)

Ich habe dem Beamtenauschuss die Gründe genannt, warum ich den Amthauptmann von Find nicht im Amte lassen konnte. Ich will die Gründe aus Rücksicht auf Herrn von Find hier nicht nennen.

Es heißt, Herr Kassel hätte keine Eignung für sein Amt. Muß denn erst einer seine 12 Jahre Militärdienst abmachen und dann jahrelang im Beamtenwesen tätig sein, um geeignet zu sein?

Wenn Herr Kassel ist seit 20 Jahren im Verwaltungsdienst tätig, wenn auch nicht im Staatsdienst. Er hat sofort eine Reform im Beamtenwesen durchgeführt und den Beamten eine gewisse Selbständigkeit gegeben.

Wenn wenig Sie auf Berufsbegegnung geben, zeigt der Fall des Majors Brandt. Weil er, der als Polizeifachmann jahrelang tätig ist, als Fachmann bevorzugt wurde, deshalb werden in der Presse die größten Schmähungen gegen ihn geschleudert.

Wenn Herr Börner sagt: Wenn Herr Kassel nicht befehrt wird, dann muß Minister Lipinski befehrt werden, so bedenke ich seine Anschauungen vollständig mit denen der Räteverbände. (Großer Lärm rechts.)

Justizminister Zeigner äußert sich zu dem ebenfalls angeführten Fall Lohe. (Während der Ausführungen des Ministers herrscht rechts große Unruhe.)

Minister des Innern Lipinski tritt der Behauptung in der Presse entgegen, daß General Reichardt von der Landespolizei nicht aus Gesundheitsrücksichten niedergelassen habe sondern aus andern Gründen die er in einer Denkschrift an das Ministerium darzulegen habe.

Rebner tritt noch scharf einer Anzahl unrichtiger Pressebehauptungen entgegen und verlangt so viel Unfug von der bürgerlichen Presse, ihre falschen Behauptungen richtigzustellen.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

stehenden Beamten mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

Abg. Seyferth (Dem.) hält es für löblich, daß sich die Kommunisten zum Schutz der bestehenden Verfassung aufwerfen. Bei dieser Gelegenheit erklärt er, daß seine Fraktion den Schutz der bestehenden Verfassung mit den Maßnahmen des Ministeriums einverstanden sind.

Abg. Dr. Wagner (D. Nat.) versucht, durch Ausführungen des Ministers Lipinski und von unabhängigen Abgeordneten nachzuweisen, daß die Unabhängigen nicht auf dem Boden der Verfassung stehen.

Abg. Heflein (Ztr.) gibt zu, daß der Fall Lohe aufrehabelt worden ist. Die Ernennung des Amthauptmanns Kassel jedoch sei ein Schlag gegen die Demokratie.

Abg. Wünger (D. Sp.): Der Fall Lohe muß im Untersuchungsausschuss genau geprüft werden. Das Ministerium, das wir gegen den Minister Zeigner wegen der Befehung der Beamtenstellen gelehrt haben, ist durch seine Rede nicht gehoben worden.

stehenden Staatsplan für eine Ausgabe der Regierung hält und diese Bestrebungen unterstützen wird.

Abg. Scheller (Komm.) begründet seinen Antrag, dem Hilfskomitee in Oppau 250 000 Mk. und dem Komitee Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland 250 000 Mk. zu überweisen.

Ministerpräsident Auf: Wir haben es in Anbetracht der schwierigen Finanzlage Sachsens für ausreichend gehalten, Oppau eine Summe von 100 000 Mk. zu überweisen.

Abg. Sachs (U. Soz.): Unter der Bedingung, daß eine Kontrolle über die Verwendung der Mittel ausgeübt wird, werden wir für eine Unterstützung Sachsens eintrreten.

Es wird dann ein Antrag angenommen, 100 000 Mk. für Oppau zu Lasten des ordentlichen Haushaltsplans zu bewilligen. Der Antrag auf Hilfe für Rußland wird dem Haushaltsauschuss überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die deutschnationale Anfrage betr. Neuzugungen des Kultusministers Fiesner bezüglich Neuzugungen in einer politischen Versammlung, wurde von der Tagesordnung abgelehrt.

Die nächste Sitzung wird Anfang November stattfinden.

Der 9. Internationale Textilarbeiterkongress in Paris.

Von Hugo Kubei, Berlin.

Die weitere Diskussion über die Arbeitslosigkeit war eine große Angelegenheit gegen das herrschende kapitalistische System.

Der englische Delegierte Turner ließ keinen Zweifel daran, daß auch die englischen Arbeiter wissen, daß die herrschenden Regierungen unfähig sind, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Die Würzel des Übels sei die Profitwirtschaft, die beseitigt werden müsse. Rußland wünscht, daß dies in einer Resolution zum Ausdruck gebracht werde.

Während er sich praktisch für die Gemeinwirtschaft aussprach, gegen die Aufnahme der Forderung der Sozialisierung in die Resolution, weil sonst der Kongress politisch treibe.

Der Italiener Galli schilderte das Arbeitslosensend in Italien. Die Eisenindustrie sei anscheinend zum Tode verurteilt. Interessant waren seine Mitteilungen über die Warenversorgung.

Immer wieder wurde die Forderung der Sozialisierung in die Resolution aufgenommen, weil sonst der Kongress politisch treibe. Man müsse mit praktischen Vorschlägen kommen, statt mit Sozialismus.

Die Debatte über die Arbeitslosigkeit bildete den Höhepunkt des Kongresses. Eine armenemische Resolution, die im Wortlaut wegen der schlechten Verwertbarkeit noch nicht vorliegt, entspricht vollkommen den Wünschen der Anhänger der Sozialisierung.

Sie wurde verbunden mit einer Kundgebung für den Wiederaufbau, in welcher es heißt: Die zwei 2 Millionen international vereinigten Textilarbeiter Europas geloben ihre ganze Kraft der Befreiung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung...

Sie verpflichten sich, mit allen Mitteln den chauvinistischen und reaktionären Strömungen in den einzelnen Ländern energigsten Widerstand entgegenzusetzen...

Seine Stellungnahme zur Arbeitszeit- und Lohnfrage legt der Kongress in folgendem Beschluß nieder: Die Textilarbeiter aller Länder wirken mit allen Mitteln gegen Lohnreduktionen und Verlängerung der Arbeitszeit...

Die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam soll ersucht werden, gleichzeitig dieselben Forderungen für alle Arbeiter zu propagieren, um Neibungen zu vermeiden.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ueber Betriebsräte und Betriebsdemokratie referierte Edelkassel. Beschlüsse hierzu wurden nicht gefaßt.

Der Kongress beschloß, die Washingtoner Beschlüsse anzuerkennen, die Regierungen aller Länder zu drängen, die Beschlüsse respektlos durchzuführen...

Das Eintreffen der Nachricht von dem Explosionsunglück in Oppau veranlaßte den Vorsitzenden des Kongresses, den Opfern der Katastrophe die Sympathie des Kongresses auszudrücken.

Die weiteren Beratungen erstreckten sich auf eine Reihe organisatorischer Fragen. Der nächste Kongress (1924) findet in Italien statt.

Damit war nach fünfjähriger Dauer der Kongress mit seinen Verhandlungen zu Ende.

Mit der Durchführung der Beschlüsse organisatorischer Art sollte die Textilarbeiter-Internationale die festgesetzte internationale Verbandsorganisation der Welt werden.

Die andern Beschlüsse, an deren Durchführung die Textilarbeiter wohl mit allen Kräften gehen werden, verbürgen eine erhebliche Verbesserung der Lage der Textilarbeiter...

Mehl! Werners Elite-Mehl! feinstes Weizen-Mehl, Auszugs-Qualität, ist das Beste.

